

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Verantwortl. Red. Stainingh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreigespaltene Beilage oder deren Raum 30 A.

Verbandskollegen! Das Beitragsjahr geht bald zu Ende. Erfülle jeder vorher seine Pflicht!

Inhalt: Das Baugewerbe in Berlin. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen. — Differenzen. — Bekanntmachung des Verbandes. — Von der Agitation. — Berichte. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen. — Bayerische Baugewerkschaftsgesellschaft. — Aus anderen Berufen. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Das Baugewerbe in Berlin.

(Kritische Betrachtungen zu den Gutachten im „Zentralblatt für das Baugewerbe“.)

Das Publikationsorgan des Berliner Unternehmerverbandes hat die Veröffentlichung von Gutachten (siehe „Grundstein“ Nr. 42, 43 und 44) vorläufig eingestellt. Die weitere „Bewertung“ der Gutachten durch den Verband der Baugeschäfte ist gelegentlich zu erwarten. Das „Zentralblatt“ schließt seine Gutachtenserie mit folgendem Resümee:

„Mit seltener Einmütigkeit haben die angesehensten Sachleute ihr Urteil dahin abgegeben, daß in Berlin die Bauausführungen mit wenigen Ausnahmen durchaus solide und gut hergestellt werden, und daß die bestehenden Baupolizeivorschriften im allgemeinen die gute Bauweise verbürgen; nur eine stärkere Kontrolle und Sichtung der Bauausführungen durch Gesetz und Publikum würde verlangt.“

Daß Arbeitsleistung und Arbeitsfreudigkeit nachgelassen haben, wurde ebenfalls ausgeführt, nur über Maß und Ursache bestehen abweichende Ansichten, die aber gegenüber den Tatsachen unbestreitbarer Natur sind.

Der Affordbau wurde durchweg als erstrebenswert und nützlich erkannt, und über die Gegenstände der Arbeitnehmer ist man fast ungeteilter Ansicht.“

Das „Zentralblatt“ hofft von der Veröffentlichung der Gutachten, um deren weiteste Verbreitung es bittet, daß das große Publikum wieder Vertrauen zum Baugewerbe gewinnt und daß daraus ein neuer Aufschwung erwachse.

Was die Verbreitung der Gutachten anbelangt, haben wir das unsere getan. Damit ist unsere Aufgabe aber nicht erschöpft. Zunächst ist noch zu untersuchen, ob und welche Tatsachen den Gutachten der Berliner Baumeister zu Grunde liegen, oder ob es beweislose Behauptungen sind. Und wenn das Letztere der Fall sein sollte, dann werden wir das „große Publikum“ über die wahre Lage aufzuklären versuchen müssen. Bevor wir selbst an die kritische Würdigung aller der aufgeworfenen Fragen herangehen, geben wir zunächst einem Berliner Kollegen¹ das Wort.

Als ich im „Grundstein“ die Gutachten mehrerer Berliner Architekten und Baumeister las, fragte ich mich zuerst, ob es denn überhaupt möglich sei, daß die betreffenden Herren selbst an die Wahrheit und Richtigkeit ihrer Gutachten glauben. Und wie mir, so ging es den Kollegen, die ich in dieser Sache um ihre Meinung fragte. Diese Kollegen arbeiten viele Jahre in Berlin als Maurer, und ich kann von ihnen behaupten, daß sie die Frage, die das „Zentralblatt“ an die Herren Architekten und Baumeister richtete, mindestens ebenso gut, und was Quantität und Qualität der Arbeit betrifft, ganz entschieden besser und vor allen Dingen objektiver beurteilen als die genannten Herren. Die Kollegen versicherten mir, daß sie den guten Glauben

der Gutachter ganz entschieden bezweifeln. Ich vermag nicht so weit zu gehen, sondern ich nehme an, daß sie alle von dem, was sie behaupten, überzeugt sind. Immerhin muß ich dann die Frage aufwerfen, auf Grund welcher Tatsachen die Herren zu diesen ihren — an und für sich ja nicht übereinstimmenden — Überzeugungen kommen? Kennen sie die Qualität der Arbeit an den verschiedenen Arten von Bauten vielleicht aus eigener Anschauung? Oder was berechtigt sie sonst, zu behaupten, in Berlin werde absolut solide gebaut? Was, die Herren machen es sich sehr leicht! „Die äußerst gewissenhaft ausgearbeitete Baupolizeiverordnung“, sagt gleich der erste Gutachter, und mehrere andere behaupten daselbe; „macht eine unsolide Bauausführung überhaupt unmöglich.“

So, so! Na, dann allerdings kann nicht unsolide gebaut werden, wenn das unsolide Bauen durch die Baupolizeiverordnung „überhaupt unmöglich“ gemacht wird. Das ist logisch, denn die Ursache bedingt die Wirkung. Ich bestreite aber ganz entschieden, daß die Baupolizeiverordnung das unsolide Bauen verhindert hat, oder auch nur verhindern kann. Ich bezeichne diese Behauptung als eine grundlose Hypothese, auf die die Gutachter ganz willkürlich ihre Gutachten aufbauen. Und ich behaupte, daß die Berliner Maurer jederzeit in der Lage sind, die objektive Unwahrheit dieser Behauptung nachzuweisen.

Herr Schnaudt, der erste Gutachter, gibt selbst zu, daß bei „gewissenlos geleiteten Spekulationsbauten“ eine Umgehung der baupolizeilichen Vorschriften versucht werden kann oder versucht wird. Fürs erste genügt mir das, wenn ich auch bestreite, daß nur auf Spekulationsbauten Gewissenlosigkeiten vorkommen. Bestätigen können wir, daß fast auf allen Staats- und städtischen Bauten gegen die Qualität der Arbeit nichts oder nur viel eingewendet werden kann. Das liegt daran, weil einerseits das Material in der Regel gut ist und weil andererseits durch eine ständige Kontrolle für eine sachgemäße Verarbeitung des Materials Sorge getragen wird. Aber trotzdem auf solchen Bauten die Arbeit in der Regel von einem oder mehreren städtischen oder staatlichen Bauführern und dergleichen überwacht wird, ist es doch Tatsache, daß auch auf diesen Bauten die Qualität der Arbeit sehr verschieden ist. Ist der Bauführer streng auf dem Posten und selbst nachdrücklich auf die Piste auf, so kommt, selbst wenn Unternehmer, Politiker und Maurer zu Fußarbeitern, zur Lässigkeit und Schluderie neigen sollten, meist immer noch eine gute Arbeit zu stande. Hat aber der Politiker — und leider auch mancher Maurer — erst bemerkt, daß man dem Bauführer ein Schnippchen schlagen kann, daß er sich leicht betölpeln läßt, so wird in dessen Abwesenheit sehr häufig „gemurrt“. Anstatt Querschüsse — die meist verlangt wird — und in regelrechtem Verbande zu mauern, oder die Schichten gut auszugleichen, sagt man die Fugen mehr oder weniger hohl, füllt sie mit einem Verband im Innern der Mauer z. B. Sobald der Bauführer in Sicht ist, wird schnell über die fertige Schicht etwas Kalk gestrichen, damit der Schwindel nicht bemerkt wird, und solange der Bauführer dabei ist, mauert man auch Querschüsse oder gießt aus. Gewiegte Bauführer lassen sich dadurch nicht betölpeln. Sie kontrollieren die Arbeit genau, und es ist nicht nur einmal vorgekommen, daß Maurer, die sich bei den oben bezeichneten Regelwidrigkeiten trotz vorheriger Verwarnung betreten ließen, einfach entlassen wurden. Sofern es sich um Zeitarbeiter handelt, können trotz immer nur einzelne Leute in Betracht, die sich meist aus den Reihen der Affordmaurer oder von sogenannten „Mamottenbauten“ mal auf einen besseren Bau beirren. Diese Leute haben sich an die Murserei meist vererbt gewöhnt, daß sie trotz aller Verwarnungen von ihren Geholn-

zeiten nicht lassen können. Von Affordkolonnen indes ist ja bekannt, daß sie auf solchen Bauten wegen ihrer Pfuscharbeit oft genug ganze Mauern „ablarren“ müßten und daß schließlich die aufsichtführenden Organe einfach ihre Entlassung verweigern. Schon dadurch ist die Minderwertigkeit der Affordarbeit gegenüber der Lohnarbeit deutlich gekennzeichnet, und wenn die Firma Geld & Franke bemerkt, es gebe unter den Affordarbeitern wie unter den Zeitarbeitern gute und schlechte Kolonnen, so ist dazu einfach zu sagen, daß die schlechten Kolonnen der Zeitarbeiter in der Regel wohl aus Affordmaurern oder den ihnen verwandten sogenannten „Wilden“ bestehen. Umgekehrt dürften in diesem Jahre einzelne Affordmaurerkolonnen zumeist aus Leuten bestehen, die noch an eine anständige Arbeitsweise gewöhnt sind und Affordarbeit überhaupt nur unter dem Druck der heutigen Verhältnisse verrichten. Unter anderen Verhältnissen kämen Affordmaurer auf soliden Bauten gar nicht oder nur ganz ausnahmsweise zu Gange.

Wenn ich einerseits in bezug auf die staatlichen und städtischen Bauten anerkenne, daß die Qualität der Arbeit infolge der fortgesetzten Kontrolle der Aufsichtsorgane ziemlich gut ist, daß also Pfuscharbeiten in größerem Umfange nicht vorkommen, so muß ich andererseits doch auch betonen, daß es auf denselben staatlichen und städtischen Bauten mit dem Schutz für Leben und Gesundheit der Arbeiter im allgemeinen nicht im geringsten besser bestellt ist als auf den meisten Privat- und Spekulationsbauten. Vor wenigen Tagen erst stand im „Vorwärts“ folgende Notiz:

„Mangelnder Bauarbeiter-Schutz auf städtischen Bauten. Auf dem Gelände der Gasanstalt Dangiger Straße läßt die Stadt Berlin unter anderem ein neues Victoriahaus aufzuführen. Die Maurerarbeit wird von dem Unternehmer Müller (Regel), das Auffüllen der Eisenkonstruktion von der Firma Steffens & Wölle ausgeführt. Bei diesem Bau scheint es mit dem Schutz für die am Bau beschäftigten Arbeiter sehr schlecht bestellt zu sein, denn uns wird geschrieben: Oben an der Dachkonstruktion sind die Monteure mit dem Auffüllen und Zusammenbau der einzelnen Elemente beschäftigt; 8 bis 10 m tiefer arbeiten die Maurer beim Aufbauen der Seitenfronten. Von Schutzeinrichtungen ist nichts zu bemerken. Arbeiten da eines Tages an einem kleinen, runden Treppenhause neun Maurer dicht nebeneinander. Plötzlich schlägt von oben eine 4 m lange, schwere Bohle mitten unter die Arbeiter, die entsteht auseinanderstoben, glücklicherweise ohne jemanden ernstlich zu verletzen. Kurz vorher war an einer anderen Stelle ein Maurer ein Stück Eisen auf den Kopf gefallen und hatte ihm eine hart blutende Wunde beigebracht. Gerunterfallende Schraubenmutter, Nieten, ja glühende Eisenteile sind nichts Seltenes. Wenn das kalb extrunten ist, deckt der Bauer den Brunnen zu, heißt es gewöhnlich. Ja, auch! Es werden wohl ein paar Bretter hingeworfen, aber ein richtiges Schutzdach ist noch heute nirgends zu finden. Wozu auch, wenn es nicht das kann ja gehen — draußen stehen laufende, arbeitende Maurer, die gern in die etwa entweichenden Lüften eintreten würden, nur um Brot für ihre hungernde Familie zu schaffen.“

Auch die Arbeitsmethode ist derartig, daß von einer soliden Ausführung keine Rede sein kann, ganz davon zu schweigen, daß bei einer intensiven Ausbeutung der Arbeitskraft der Arbeiter etwa abends noch im Stande wäre, etwas zur Hebung seiner Bildung beizutragen. Mit meinen, daß es höchste Zeit ist, hier Abhilfe zu schaffen. Tut das der Unternehmer nicht, muß die städtische Verwaltung dafür sorgen. Und schließlich: Wo bleibt die Baukontrollen ausübende Behörde?

Ich kann nur bestätigen, daß schon vor zwei Jahren an einem Bau derselben Gasanstalt dieselben Mißstände herrschten, wie sie hier geschildert werden. Schon damals brachten die Monteure oben ohne jede Schuttrichtung die eiserne Dachkonstruktion an, während unten gleichzeitig Maurerarbeiten verrichtet wurden. Schon damals brach

¹ Weitere Äußerungen aus Kollegenkreisen, besonders über die Ab- und Zunahme der Leistungen, nehmen wir mit Dank entgegen.
Die Redaktion.

eine aufs leichtfertigste angebrachte Sängerkunst zusammen und stürzte herab. — Und schon damals waren die untern Arbeitenden in steter Gefahr, von immer erneut herabfallenden Gegenständen, Eifenteilen, Werkzeugen, glühenden Schrauben usw., erschlagen zu werden. Daß diese Mißstände heute noch bestehen, obwohl wir uns schon damals wiederholt beschwerten, das ist ein deutlicher Beweis dafür, wie gleichgültig den Herren Aufstiegsführern das Wohl und Wehe der Arbeiter ist. Dabei muß ich noch sagen, daß einer der Herren in Bezug auf die Qualität der Arbeit einer der strengsten Kontrolleure ist, die ich in Berlin kennen lernte.

Doch die Frage nach dem Bauarbeiterschutz hat das „Zentralblatt“ seinen Gutachtern nicht vorgelegt. Ich gehe deshalb hier auch nicht weiter darauf ein, sondern halte mich an die hier speziell in Betracht kommenden Fragen.

Die Herren Gutachter behaupten nicht nur, daß die staatlichen und städtischen Bauten solide hergestellt werden, sondern sie behaupten diese ihre Behauptung mehr oder weniger auf die Privat- und Spekulationsbauten aus. Auch hier bemerke ich vorweg, daß für einen Teil von Privatbauten, wie Warenhäuser, Fabriken usw., ohne weiteres das zutrifft, was ich bereits über die staatlichen und städtischen Bauten gesagt habe. Infolge einer gründlichen und unausgesetzten Kontrolle durch die vom Bauherren bestellten Architekten resp. Bauführer wird unsolide Arbeit auch auf diesen Bauten zumeist verhindert. Und ebenso wie auf den ersten waren auch auf den meisten dieser Bauten die Altkorbmaurer den Aufstiegsführern stets ein Dorn im Auge. Sie wurden sowohl auf staatlichen und städtischen wie auf besseren Privatbauten in der Regel nur verwendet, wenn Differenzen ausgebrochen waren oder auszubrechen drohten — gewissermaßen als Kampfmittel gegen die Arbeiterorganisation. Oft genug war dann der trotz aller Aufsicht hergestellte Mangel der Grund zu ihrer nach kurzer Zeit erfolgten Entlassung. Die Aufstiegsführer auf solchen Bauten wissen eben ganz genau, daß trotz schärfter Überwachung eine völlig einwandfreie Arbeit von den meisten Altkorbmaurern nicht hergestellt wird. Und wenn sich die Herren Gutachter damit trösten, daß sich in Zukunft auch bei den Altkorbmaurern eine solide Arbeitsweise einbürgern wird, so merkt man doch, daß hier nur der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Daß sich zur Zeit bei der Altkorbmaurer die Qualität im Durchschnitt gegen früher etwas gebessert hat, liegt, wie schon gesagt, in den augenblicklichen Verhältnissen begründet. Heute sehen sich nicht nur durchaus solide, der Altkorbmaurer grundsätzlich abgeneigte Maurer gezwungen, gegen ihren Willen, nur um überhaupt Arbeit zu haben, in Altkorbmaurer zu arbeiten, sondern auch die prinzipiellen Altkorbmaurer und Altkorbmurser werden zur Zeit, wo sie so leicht durch solidere Arbeitskräfte ersetzt werden können, sich einer besseren Arbeit befleißigen. In normalen Zeiten; wo der einzelne Leichter Arbeit findet, werden diese Dinge mehr oder weniger in Wegfall kommen.

Politische Umschau.

Der Bloß für Wilow. — Eine gewisse Kriegeheke. — Das Steuerbudget. — Sachsen für's freie Wahlrecht. — Präsidentenwahl in Amerika. — Aus dem Reichstage.

Die vergangene Woche brachte keine Wendung der allgemeinen politischen Lage zum Vorschein. Von einer Annahme der durch die innere Reichspolitik als schwer kompromittierenden Entfaltungen des „Daily Telegraph“ hervorgerufenen starken Erregung war nichts zu bemerken. Die Presse des Auslandes und der größte Teil der deutschen Presse fährt fort, in dieser Angelegenheit scharfe Kritik zu üben, die ja ganz natürlich hauptsächlich gegen Wilhelm II. und den Fürsten Wilow als den verantwortlichen Mäthger des Kaisers“ sich richtet. Nur einige konservative deutsche Wähler ließen es sich anlegen sein, abzuweichen. Unter Berufung auf die „Reichsstände drängen und drinnen“ mahnten sie, der Sache keine zu große Bedeutung beizulegen. Auch einige blosliberale Wähler schlugen eine mildere Tonart an. Die konservativen und liberalen Wählerüberzahl ist ganz offensichtlich befreit, Wilow unter allen Umständen zu halten und ihm seine „Medienvergütung“ so leicht wie möglich zu machen. Man will ihn nur „warnen“, daß er in Zukunft vorlässiger ist. Im übrigen soll es häufig beim alten bleiben.

Die politische Situation hat eine Verschärfung und weitere Spannung dadurch erfahren, daß die Reichsregierung ganz plötzlich einen Einseitigen mit der französischen Regierung, der schon vierzehn Tage alt war, zu einer großen Aktion aufbaute. Es handelt sich darum, daß französische Soldaten in Caballanca anläßlich eines Einspruchs gegen desertierte Fremdenlegionäre getötet wurden. Diese „Caballanca-Affäre“ hätte sich längst erledigen lassen. Deshalb hält die deutsche Regierung sie jetzt plötzlich herauf? Nach innerem Dafürhalten sagt das „Berliner Tageblatt“ durchaus zurecht: „Nur deshalb, um die Aufmerksamkeit des deutschen Publikums und besonders der französischfeindlichen alldeutschen Presse von der blamablen Kaiserinterviewaffäre abzulenken und dem Fürsten Wilow noch vor der — dann abschließend auf Anfang nächster Woche verschobenen Reichstagsinterpellation — entweder einen diplomatischen Erfolg oder aber die Unterlage zu einem patriotischen Appell an die nationale Einigkeit zu verschaffen.“ Die „Machgebenden“ Stellen möchten auf die Gefahr eines Krieges mit Frankreich hinweisen können und so

der öffentlichen Meinung eine von der monströsen Blamage der Reichsregierung ablenkende „patriotische“ Richtung geben. Wie glauben nicht, daß Fürst Wilow damit Glück haben wird.

Ebenfalls ist nun zunächst das Interesse an der „Reichsfinanzreform“ etwas zurückgetreten. Die Evidenz der Steuerentwürfe sind dem Reichstage am 4. November zugegangen. Es sollen, um die begehrte halbe Milliarde Mehreinnahme zu bringen, ergeben:

das Brauwettmonopol	100 Millionen
die Bräutereihöhung	100 „
Tabaksteuererhöhung	77 „
„ Nachschleuer	97 „
„ Steuer auf Gas und Elektrizität	50 „
„ Anlagenerhöhung	33 „
„ Weinsteuer	80 „

Das würde 472 Millionen ergeben; der Rest des Mehrbedarfs soll durch erhöhte Patrimonialbeiträge aufgebracht werden.

Über diese Steuerprojekte im einzelnen werden wir uns demnächst näher aussprechen. Wir verwerfen sie alle ohne Unterschied.

Von den sonstigen Ereignissen und Vorgängen auf innerpolitischen Gebiete ist zu erwähnen die großartige Wahrscheinlichkeit der Sozialdemokratie im Königreich Sachsen am 1. November. Die Polizei hatte — Wunder über Wunder! — Wahnsinnige gehalten. In Dresden beteiligten sich an der Demonstration etwa 6000 Personen, die sich in feierlichem Zuge unter Mitführung von Fahnen und Standarten durch die Hauptstraßen der Stadt nach der Stadtbahn begaben, wo von sechs Tribünen Anreden gehalten wurden. Die Zahl der Demonstranten in Leipzig wird auf 7000 angegeben, die in Chemnitz auf 4000. In allen Städten, mit Ausnahme von Grimnitz, war die Beteiligung groß. Überall wurde eine Resolution angenommen, die entschieden das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht fordert und gegen die bisherige Wahlrechtsform die bürgerlichen Parteien protestiert. Überall folgte sich die Demonstration in scharfer Ordnung; nirgend hatte die Polizei Anlaß zum Eingreifen; sie beobachtete sogar eine bewundernswürdige Zurückhaltung.

Wir wagen nicht zu hoffen, daß die preussische Polizei diesem Beispiel folgt und sozialdemokratische Massenemonstrationen zu Gunsten der Wahlrechtsreform gestattet. Sie hat etwas „Besseres“ zu tun, nämlich den Arbeitern den Gebrauch ihrer gesetzlichen Rechte möglichst zu erschweren und das Recht selbst zu verkrüppeln, wie man bei der Handhabung des neuen Vereinsgesetzes wieder beobachten kann.

In den Vereinigten Staaten von Amerika hat die Präsidentenwahl stattgefunden. Der Kandidat der republikanischen Partei, William Taft, hat mit großer Mehrheit über seinen demokratischen Gegner Bryan gesiegt. Die republikanische Partei, die mit Taft nun als Bundesrat tritt, vertritt in konsequenter Weise den Kapitalismus; sie ist hochschon bürgerlich, bündelt der Herrschaft des Kapitalismus und damit des Monarchismus. Der Arbeiterchaft der Vereinigten Staaten wird dieser Sieg nicht zum Segen gereichen.

Der Reichstag hat seinen Wiedereröffnungstermin am 4. November das seltsame Bild nahezu vollständiger Verlegung. Sollte man doch allgemein mit der Wahrscheinlichkeit oder doch wenigstens mit der Möglichkeit rechnen, daß sich Wilow sofort ändern werde zu der höchst blamablen und kränkeligen Lage, in die die Reichsregierung durch die im „Daily Telegraph“ gemachten Entfaltungen gebracht worden ist. Aber der herausragende Leiter der Reichspolitik hatte es vorgezogen, noch nicht zu entscheiden. Ohne Zweifel kam es ihm darauf an, einige Tage Zeit zu gewinnen, um sich mit den Führern der Wählerparteien, wenn irgend möglich, zu verständigen, damit die Regierung und hauptsächlich er selbst von dieser Seite nicht allzu scharfe Kritik erlände. Der Präsident teilte den Gang von vier Interpellationen (Sozialdemokraten, Freiwilrige, Nationalliberale und Freikonservative), die in dieser heftigen Angelegenheit an den Reichstagsler gerichtet sind, mit. Im Senatsentwurf verhandelte man sich dahin; diese Interpellationen Anfang nächster Woche auf die Tagesordnung zu legen. Sie werden, wenn unsere Wähler diese Nummer des „Grundstein“ sucht, bereits erledigt sein. Zu Anlaß dieser dachten zwei Interpellationen, betreffend die Arbeitslosigkeit, zur Beratung gelangen. Die eine geht von der sozialdemokratischen Fraktion, die andere vom Zentrum aus.

Eine andere Interpellation der Zentrumsfraktion lautet: „Ist dem Herrn Reichstagsler bekannt, daß durch „schwarze Listen“ und Verbarungen ähnlicher Art Arbeiter und Privatangehörige in ihrem wirtschaftlichen Fortkommen gehindert werden? Was denkt der Herr Reichstagsler zu tun, um solche die Freiheit des Arbeitsvertrages zu tun, um gleichzeitig garantierte Koalitionsfreiheit hindernde Maßnahmen zu unterdrücken?“

Auf der Tagesordnung dieser ersten Sitzung nach den langen Ferien stand die Beratung zahlreicher Petitionen an Grund der dazu erhaltenen Petition der Petitionskommission. Von besonderem Interesse ist eine Petition der vereinigten Arbeitgeberverbände Deutschlands. Sie wünscht gesetzliche Schutzbestimmungen zum Verbot und zur Bekämpfung des in fast allen Vereinen Deutschlands üblichen Überwuchers der Jugendverwaltungen und gleichzeitige Verhinderung des Gesundheitsruins der Arbeiterkinder, wofens im Vergewaltigungsbereich.

Der Reichstagsler, Abgeordneter Sasse (Sozialdem.), beantwortete im Namen der Kommission die Überlegung der Petition an den Reichstagsler zur Berücksichtigung. Zu der Besprechung nahmen der Zentrumsführer Gieseler und der sozialdemokratische Abgeordnete Hengsbach das Wort, die beide den schlimmsten Terrorismus der Arbeiterkinder brandmarkten.

In der letzten Hälfte der Woche behandelte der Reichstag den Gegenstand der Autonomie der Automobilbesitzer, indem die Novelle zur Automobilgesetzgebung; beide Entwurfs wurden Kommissionen übergeben. Am Sonntagabend nahm man die erste Beratung des Eingefegtes vor. In den nächsten Tagen wird die Behandlung der Finanzreform und der auswärtigen Politik beginnen, daß Deutschland noch in einen lostraflosen Reichstag besaß wie jetzt, in den Zeiten des Bloß.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Masseregungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansstädte:

Hamburg (Sperre über Ofenarbeiten der Stettiner Chamottfabrik an der Gasanstalt Grasbrook und auf der Vulkanwerft), **Lübeck** (Sperre über Görner & Heidenreich);

Schleswig-Holstein:

Düvenstedt (Sperre über Lienau & Bade), **Helgoland** (Sperre über die Firma Düren aus Godesberg a. Rhein);

Mecklenburg:

Güstrow (Sperre über Thielke), **Sülze** (Sperre über Holdorf), **Ahrenschoop a. Fischland** (Sperre über Helms);

Brandenburg:

Jüterbog (Sperren über alle Banten des Unternehmers Lehmann aus Torgau; über Niendorf und über Schäfer, Bau Militärs in Kaltenborn), **Belzig** (Sperre über Meier aus Pernitz);

Ost- und Westpreussen, Posen:

Gradenz (Sperre über Piek), **Hammerstein** (Sperre über Kofahl), **Ostoder** (Sperre über Tessmann aus Mohrungen);

Königr. Sachsen:

Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbauteil, Berndt & Söhne, Berlinerstrasse), **Ebert & Rödel**, Ecke Brandvorwerkstrasse und Kantstrasse), **Leutzsch** (Sperre über die Eisenwerkerei E. Becker & Co.), **Dresden-Arasdorf** (Sperre über Hörnig);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Merseburg (Sperre über den Schulneubau in Schafstädt b. Lauchstädt), **Weissenfels** (Sperre über die Unternehmer Mönzel und Schiedt);

Thüringen:

Arnstadt (Sperre über Gressler), **Ronneburg** (Sperre über Kretschmar), **Schlotheim** (Differenzen);

Hannover-Oldenburg:

Misburg (Sperre über die Zementfabrik „Germania“), **Osterholz-Ritterhude** (Sperre über Bahnbauteil, Unternehmer Stabenow in Gütersloh), **Nordenham** (Sperre über die Bauten des Metallwerks);

Hessen:

Grifte (Sperre über Fröhlich aus Gensungen), **Neulsenburg** (Sperre über Daniel Schäfer), **Frankfurt a. M.** (Differenzen bei Reinhardt und Klesper, Rabitzer);

Westfalen und Rheinland:

Düsseldorf-Benrath (Sperre über Zensen), **Castrop** (Sperre über Vellener), **Herford** (Sperre über die Firma Köster);

Bayern:

Würzburg (Sperre über Kratz & Co.).

Fliesenleger:

Mülheim-Ruhr (Sperre über Möhlenbrück & Mathes), **Cöln und Düsseldorf** (Sperre über die Arbeiten des Zwischenmeisters Kurlbaum aus Bonn), **Crefeld** (Sperre über die Firma Hilbing), **Kiel** (Differenzen);

Isolierer und Steinholzleger:

Hannover (Streik der Isolierer), **Leipzig** (Sperre über die Firma Friedrich Wilhelm Krause, Molkestr. 23), **Hamburg** (Sperre über Reinhold & Co.), **Cöln** (Sperre über die Korkelthwerke);

Oesterreich:

Karlshad.

Gau Cöln.

Offener Vertragsbruch des Sieger Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe, einer Ortsgruppe des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten, das ist das Resultat aus dem Siegerlande. Als uns im November 1907 der Verein mit dem langen Namen sein Vertragsmuster unterbreitete, da war in der Tabelle für Siege die einstufige Arbeitszeit vorgegeben, obwohl als Erfolg des Streiks im Jahre 1906 im Vertrag festgelegt war, daß vom 1. April 1907 bis 31. März 1908 die zweistufige Arbeitszeit und vom 1. April 1908 an die dreistufige Arbeitszeit gültig sein sollte. Dieser Vertrag lief am 1. Mai 1908 ab. Die Sieger Unternehmer sind jedoch während der früheren Vertragsdauer bereits fortgesetzt Vertragsbrüche gewesen, indem sie länger, als der Vertrag vorsah, arbeiten ließen, auch den festgesetzten Lohn nicht zahlten und die Arbeiter, die dagegen protestierten, aus der Arbeit jagten. Als Krone ihres Vertragsbruchs hielten sie im neuen Vertragsmuster, wie oben bemerkt, die einstufige Arbeitszeit. Nun ist ja der Wunsch der Sieger Unternehmer, im neuen Vertrag ihren Vertragsbruch sanktioniert zu bekommen, nicht erfüllt worden. Leider hat das Schiedsgericht in Essen aber auch nicht Rechtigkeit an den Arbeiter gestellt, indem es sich für Sieger für die zweistufige Arbeitszeit entschieden. Man hätte nun billigerweise annehmen können, daß sich die Unternehmer mit dem Ergebnis, die Arbeitszeit von zehn auf zweieinhalb Stunden verlängert bekommen zu haben, zufriedengeben hätten. Aber da man bei den Sieger Bauwerken schiedet an. Offen er stärten die Herren ihren Unabwendbarkeit, wenn wir nicht die einstufige Arbeitszeit bekommen, dann erkennen wir den Vertrag nicht an. Herr Schiedsrichter, der Angehörte des Scharlachbundes, erklärte auch in einem Schriftstücke an den ersten

lichen Verband bereits rückfchuldigt: „Siegen scheidet aus dem Vertrage aus.“ Herr Frig, der Vorsitzende des Vereins mit dem langen Namen, war indes anderer Meinung. Bei der Vertragsunterzeichnung am 10. August in Essen erklärte Herr Frig, als ihm von der Haltung der Sieger Unternehmer und der Aufsicht Schmiebedachs Mitteilung gemacht wurde, „ich (Frig) versichere auch für Siegen“, und als er aufgefordert wurde, dann auch seine Mitglieder in Siegen zur Unterhaltung des Vertrages zu veranlassen: „Das lassen Sie (die Arbeiter) nur meine Sorge sein, das wird sich schon machen.“ Nachdem das Einigungsamt eingerichtet war, wandten sich die Arbeiter an dies, weil trotz der Unterzeichnung des Vertrages keine Bänderung der furchtbaren Zustände im Siegerland eintrat. Der Arbeitgeberbund, vom Einigungsamt auf das Treiben der Sieger Unternehmer aufmerksam gemacht, verlangte nun die Streichung des Sieger Ortsverbandes aus dem Vertrage, anstatt seine Mitglieder zur Disziplin anzuhalten. Ja, der Bund ging sogar soweit, in einem langen Schreiben das Einigungsamt mit allen möglichen und unmöglichen Schulden des Nachweises zu versehen, daß das Verlangen gerechtfertigt sei. Als das Einigungsamt die Angelegenheit die Tagesordnung seiner am 3. November stattgefundenen Sitzung legte, erklärte Herr Frig, als dieser Punkt beraten werden sollte, sie zögen den Antrag, Siegen aus dem Vertrage herauszulassen, zurück, da sie sich überzeugt hätten, daß dies nicht durchführbar sei. Damit glaubte man weiteren Erörterungen über diesen Punkt vor dem Einigungsamt aus dem Wege gegangen zu sein. Dies gelang allerdings nicht; denn die anwendenden Gaudvorsitzenden verlangten ebenfalls, daß die Angelegenheit behandelt würde, wieweil dem Verlangen der Herr Vorsitzende stattgab. In der Erörterung wiesen die Arbeitsehrer auf den fortgesetzten Vertragsverbruch der Sieger Mitgliebschaft des Arbeitgeberbundes hin, 1. November in der „Sieger Zeitung“ die Zwangsunterschrift der Sieger Unternehmer sogar einen Beschluß der Öffentlichkeit, wonach die Arbeitszeit vom 1. April bis 30. September elf Stunden betragen, und der Vorsitzende Schmid sogar am Schluß die Mitglieder aufforberte, stülte an diesem Beschluß festzuhalten. Die Arbeiter, die es wagten, gegen diese Vertragsrückfchuldigkeiten zu protestieren, wurden rückfchuldlos aus Pfälzer entfernt. Die Herren vom Arbeitgeberbunde sahen bei der Unterzeichnung solcher erasmischen Handlungsweise ihrer Mitglieder sehr verlegen da, und Herr Frig erklärte dann unter dem Eindruck dieser Dinge, „daß der Arbeitgeberbund mit dem Vorgehen der Sieger Arbeitgeber nicht einverstanden sei. Man sei aber außer Stande, die Sieger Herren zu zwingen, den Beschluß anzuerkennen, die Arbeiter können ja die Arbeit einstellen und die Anerkennung des Vertrages erzwingen.“ Herr Schmiebedachs, der sonst so gern bei der Hand ist, wenn es gilt, die Arbeiter Vertragsbruch vorzuwerfen, schwieg in sieben Sprachen. Das Einigungsamt hat den Auftrag bekommen, der Sieger Ortsverband der Unternehmer mitzuteilen, daß das Amt den Vertragsbruch mißbilligt und verlangt, daß der Vertrag, „der sich zu recht bestehend, durchgeführt wird. Sollte in einer bevorstehenden Frist die Anerkennung des Vertrages seitens der Sieger Herren nicht erfolgt sein, dann hat das Einigungsamt weitere Maßnahmen zu ergreifen. Daß sich die Sieger Schmarinader auch die Stellung des Einigungsamtes nicht fehen werden, ist ohne weiteres anzunehmen. Diese Herren brauchen den Bund nur zur Aufrechterhaltung der Verheißungen der Arbeiter auszuheilen, und deshalb preisen sie auf die Wächter und Abmachungen des Bundes. Ob dadurch das Vertrauen in die Vertragstüchtigkeit der Unternehmer erschüttert wird, ist den Herren Sekunda. Dabei sind einige davon sehr fromme Christen, die in den Siegerlande in Wüste stehenden Seiten eine große Rolle spielen. Manche von den Herren tun oft, als wollten sie über lauter Frömmigkeit den Heiland vom Kreuz nehmen, und sie selbst dahin zu hängen. Das hält sie aber nicht ab, die Arbeiter die Kriege herauszufechtern. Mögliche der Arbeiter auszuweichen, um die Ertrugsschulden von 1906 wieder zu vermeiden. Das ist das „wahre Christentum“!

Unseren Kollegen im Siegerlande rufen wir zu: Stärkt und unterstützt die Organisation, damit wir zu gegebener Zeit den Herren das Bibelwort um die Ohren schlagen können: Auge um Auge, Zahn um Zahn!

San Danzia.

Was wir in der letzten Nummer des „Grundstein“ voraus-
sagten, ist in Gumbinnen zur-Tatsache geworden: Herr Hof-
mannreiter B. u. d. a. aus Insterburg lehnte die Zahlung
des Tariflohnes für Maurer und Baufeldarbeiter in einem an
uns gerichteten Schreiben ab, worauf die dort beschäftigten
Verbandsmitglieder am 2. November außer zwei Insterburger
Maurern die Arbeit einstimmig niederlegten. Im Laufe des
folgenden Tages gelang es uns, auch die Insterburger zur
Niederlegung der Arbeit zu bewegen. Die am Neugierungs-
neubau beschäftigten Baufeldarbeiter arbeiteten zu den alten
Bezügen weiter. Am 5. November knüpfte der Gau-
vorsitzende mit Herrn Wbudau persönlich Verhandlungen an, die
nach zweitägiger Dauer mit einem vollen Erfolg endeten.
Herr Wbudau erklärte, daß, wenn am 6. November die Arbeit
zu den bisherigen Bedingungen von allen Maurern wieder auf-
genommen werden würde, er sich verpflichtet, von Montag, den
9. November, an den Tariflohn für Maurer und Baufeld-
arbeiter zu zahlen, den in Gumbinnen vereinbarten Tarif im
Verhältnis anzuerkennen und innerhalb einer Woche eine weitere
Erklärung bezüglich der einzelnen Bestimmungen des Tarifs
(Tarifmuster) dem Gauvorsitzenden abzugeben. Die Erklärung
des Herrn Wbudau wurde sogleich niedergelegt. Die Gum-
binner Kollegen beschloßen am selben Tage einstimmig, die Ver-
einbarung anzuerkennen und Freitag früh die Arbeit wieder
aufzunehmen. Die Freude über den erreichten Erfolg war bei
unsern Mitgliedern sowohl wie bei den Baufeldarbeitern
allgemein, zumal bereits ein Fester und sieben Insterburger
Maurer im Begriff waren, als Streikbrecher nach Insterburg
nach Gumbinnen zu fahren, aber auf Intervention des Kollegen
Geßl von Herrn Wbudau selbst zurückgehalten wurden. Besämt
müßten diese traurigen Helden wieder mit Saß und Pack von
Bahnhof ziehen, wobei sie einen Vau passieren mußten, an dem
Insterburger Verbandsmitglieder arbeiteten, die von dem
Vorgang in Gumbinnen genau unterrichtet waren. An unsern
Gumbinner und Insterburger Kollegen wird es nun liegen,
diesen Erfolg, der nur durch den Verband erzielt werden konnte,
im Interesse der Stärkung des Verbandes gehörig zu verwerten.

Gau Hannover.

Die Höhe des Gehalts des Unternehmers Ringe in Thal bei Byrnmont verhängte Sperre ist nach fast vierteljahriger Dauer endlich erloschen worden. Ringe ist einer der Unternehmern, die es beabsichtigen, den Betrieb der Werke zu schließen. Der Kohn beträgt Byrnmont 40 A , Ringe zahlt aber stets 2 A = 5 p. A . mehr, also 42 A . Da er es aber ausgedient versteht, 20 p. A . mehr als die anderen Unternehmern aus der Kraft des einzelnen herauszureißen, so ergibt sich immer noch ein Mehrverdienst für ihn von 15 p. A . Dieser kann noch ein Konz in Vertheil mit den Kollegen, wie er in Rinniges Umgang mit Menschen nicht empfinden wird. Ausdrücke, wie Volodan u. dergl., waren ihm hier gefällig. Wegen dieses rohen und brutalen Benehmens ist seinerzeit die Sperre verhängt worden. Wir hatten nach Lage der Sache seinen Grund, auf ihre Beilegung zu drängen. Nun wollte aber Ringe doch seinen „guten“, alten Stamm von Leuten“ wieder haben und wandte sich in seiner Verlegenheit an den Gau vorliegenden. Nachdem man sich gegenseitig schwor in Auge gesandt und in unheimlicher Form und derb die Wahrheit gesagt hatte, gab Ringe folgende schriftliche Erklärung ab:

Ich Unterzeichnete nehme hiernit die gemachten
Neuerkennungen gegen alle bei mir beschäftigt gewesenen Gesellen
mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.
Auch die Sperre über Förster in Perford ist beendet.
Förster gehört dem Arbeitgeberbunde nicht an und da sich sein
Geschäft und auch seine Arbeitsplätze an der Grenze der Herforder
Feldmark befinden, so glaubt er auch einen Preisbrief hinsichtlich
der Lohnzahlung zu haben. Er hat jedem seiner Gesellen, wo
der Lohn 45 \mathcal{A} beträgt, kassant 40 \mathcal{A} an, mit dem Bemerkten,
dass auch sein Nebenkollege mit 40 \mathcal{A} zufrieden sei. Die Kollegen
haben aber bald dahinter und machten ihm die Rude zu.
Nachdem er den Tarifvertrag auch für sich als rechtsverbindlich
anerkannt hat, ist die Sperre am 30. Oktober aufgehoben worden.

Fliesenleger.

Ein unehrlich Spiel!

In Greifeld beschloßen die Plattenleger im August, gleich nach Beilegung des großen Plattenlegerstreiks in Rheinland-Weßfalen, den für beide Provinzen abgeschlossenen Vertrag, der Greifeld als Vertragsort dorthin, bei ihren Unternehmern, zur Anerkennung zu bringen. Sie fanden den Vertrag den einzelnen Firmen zu und haben schließlich in eine Plattsitz. Dieß blieb aber aus. Nun fragten sich die Plattenleger: keine Antwort ist aus eine Antwort? Sie stellten die Arbeit ein. Jetzt entdeckte der Arbeitgeberverband, daß die Plattenfirmen bei ihm organisiert waren, und nun gab es auch Verhandlungen. Unter dem Vorstöße des Herrn Bruns fand eine Erklärung statt, die jedoch resultatlos verlief. Nunmehr wandten wir uns schwerbedrückt, daß Herr Schmiedhaus aus Greifeld kam, wo in seine Gegenwart die Aufsätze für auswärtige Arbeiten, die nach den Verträge sticht geregelt werden sollten, festgelegt wurden. Bei dieser Gelegenheit wurde erörtert, welche bereits angelaufenen Arbeiten noch zu den alten Verträgen fertig gemacht werden müssen. Die Arbeiten in den Straßenhäusern, in der Stadthalle und bei den Katernbauten verlangten die Unternehmer zu den alten Preisen gemacht, was von den Arbeitern abgelehnt wurde. Die Plattenfirma Hilbing, die außer den Katernbauten noch in Rheinland die Plattenarbeiten in der Provinz für die Eisenbahnbaufahrt auszuführen hat, wurde gefragt, wie es mit Rheinländern steht, worauf der anwesende Herr Hilbing Schmiedhaus erwidert, ihm nach drängen und erklärte, Rheinländern werde aus den Herren wieder und Arbeiter gemacht werden. Herr Hilbing hat, wann die Erklärung wenige Tage vorher gelegentlich der Verhandlung schon die Arbeit stillgelegt und sie werde voranschicklich nicht vor dem nächsten Frühjahr wieder aufgenommen. Wir gaben uns unter diesen Umständen damit zufrieden. Die Erklärung wurde perfekt und die Beteiligten gingen am 2. September wieder an zu arbeiten. Zum acht Tage später entließ Herr Hilbing zwei Lege in Greifeld und stellte gleichzeitig in Rheinland zwei Lege von M. Glöbner ein. Dieß war unseren Kollegen so auffällig, daß einige Mann beauftragt wurden, Herrn Hilbing wegen der Entlassung zu interpellieren. Da erklärte denn der Herr: „Ja, die Arbeit habe ich entlassen, und dann die Katernbauten in den nächsten Tagen fertig sind, dann müßt ihr alle aufhören; dann kommt vielleicht noch mal hier her, da ein kleines Stück Arbeit, darauf ich zu lauern. In Rheinland haben beschäftigt ich keine Greifelder Lege.“ Nun überließen stellen unsere Kollegen auch noch fest, daß die Glöbner der Lege, Mitglieder der Freien Vereinigung, die Rheinländer Arbeiter unter Tarif angenommen hatten. Die Kollegen sahen sich so unter Tarif angenommen hatten. Betrogen und stellten, kurz nach der Lohnbewegung Katernbauten wieder ein. Das war nach Lage der Sache ein wenig richtige Mittel. Jetzt faßte nun der Schmiedhaus einmal über das andere und zwang den Greifelder Arbeitgeberverband. Wohlgeachtet, derselbe Schmiedhaus, der den Vertrag für die Plattenleger von Rheinland-Weßfalen mitunterzeichnet hat, in dessen § 10 es heißt: „Die Zugehörigkeit zu einer Organisation sowie das Eintreten für die Durchführung des Vertrages darf kein Grund zur Entlassung sein“, und in § 1: „Die Vertragsschließenden verpflichten sich, danach zu streben, den Vertrag auch in den zum Vertragsgebiet gehörenden Orten und Bezirken zur Anerkennung zu bringen, in Verbindung zugehörige Arbeitgeber und Arbeitnehmer noch nicht bestehenden Bestimmungen, dem Unternehmer Hilbing, als der ihn zu dem für die Beilegung des Streiks fragte, ob er beabsichtigt ist, trotz der Vertragsunterzeichnung in Rheinland seinen Tarif arbeiten zu lassen, den Rat gab, nur ruhig die Plattenmacher einzustellen. Ich unehrlicheres Spiel ist das, woß ich nirgend getrieben worden. In demselben Augenblick, wo sie Arbeit, die einige Tage dauern, zu bedeutend niedrigeren Löhnen als sie der Vertrag vorsieht. Und dabei stellte sich am Eingangs- und das der Unternehmerband angeregt, heraus, daß Hilbing noch längere Zeit, wie er selbst sagt seit Frühjahr 1908, Mitglied des Unternehmerverbandes ist, somit nach dem Vertrage verpflichtet ist, schon vom 20. August an den Vertrag im Greifeld einzuführen. Denn es heißt doch in § 1 des Vertrages: „Der Vertrag gilt für Rheinland-Weßfalen, speziell für die Platten-“

an denen Mitglieder der oben bezeichneten Arbeitgeberverbände ein Plattengeschäft betreiben." Zu den oben bezeichneten Verbänden gehört der Verein der Arbeitgeberverbände für das Holzgewerbe für Rheinland und Westfalen. Folglich war Herr Hilbing, der seit Frühjahr 1918 Mitglied des Ortsverbandes des Vereins vom Verein mit dem langen Namen ist und ein Platten-
geschäft betreibt, wie schon oben bemerkt, vom 20. August an zur Einführung des Vertrages verpflichtet. Er tut das nicht, läßt es erst auf einen Streik ankommen, schließt dann mit den Arbeitern Frieden und unterzeichnet den Vertrag und innerlich denkt er: Na, wartet nur, Euch werde ich anschnitten, macht Ihr mir erst meine dringenden Arbeiten in Credit fertig, nachher schneide ich Euch raus und reißt auf den Vertrag! Und Herr Schmiedebaus, befragt, ob man so die Arbeiter hinter das Licht führen darf, gibt seinen Segen dazu. Er, der die Arbeiterorganisation dazu benutzen möchte, ihm die Unternehmung in seinen Schwarzwälderverband zu treiben, der noch vor wenigen Tagen uns aufforderte, die Wagner Plattenfirmen anzugehen, weil sie nicht wollten, wie der Essener Verband will, er gibt seine Zustimmung zu dem Versuch, die Arbeiter, die ihm durch ihr Vorgehen zu einigen Mitgliedern derolsen haben, um den Lohn ihrer Streikbewegung zu bringen. Eine Verhandlung ist auch am Einigungsamt noch nicht erfolgt. Das Amt hat die Erprüfung ausgesetzt. Es sollen erst genaue Erhebungen angestellt werden, ob ein Mitglied des Unternehmerverbandes verpflichtet ist, bei dem seinen Beruf abgeschlossenen Vertrag anzuerkennen. Schmiedebaus stellt sich zu den sonderbaren Standpunkt, Herr Hilbing sei als Baumaterialienhändler dem Verbands beizutreten und nicht als Plattengeschäftsinhaber; erst wenn er mit dem letzteren Geschäft beizetre, sei er für den Vertrag verpflichtet. Dabei find neun Zehntel der Plattengeschäftsinhaber Baumaterialienhändler. Welche Hindernisse aus Schmiedebaus in der Einigungsamtsung hindruckt hat, um den Tatbestand zu seinem Gunsten zu drehen, ist gar nicht zu bezeichnen; er warf alle Begriffe durcheinander. Wir find guten Mutes, unsere Sache sieht günstig; in der letzten Nacht hat die Freie Vereinigung ihre Mitglieder aufgefordert, nicht unter Tarif zu arbeiten und insolge dessen haben die Gladbacher die Arbeit eingestellt. Wir werden in Ruhe zusehen, wie gewisse Leute das Recht ins Gegenteil umkehren möchten. Die Gerechtigkeit muß doch siegen.

Isolierer und Steinholzleger.

Die **Illollerer Verlinf** beſchloſſen am 8. November, wenn bis Dienstag, den 10. November, ſeitens der Firma Reinhold & Co. keine Schritte zur Beilegung der Differenzen gethan werden, wenn ſie vielmehr auf ihrem abſehenden Standpunkt verharren, am 11. November in den Sympathieſtreik einzutreten. Zu dem Zweck wurde neben dem Geſchäftſleiter ein Kollege der Firma Reinhold & Co. beauftragt, die Verhandlungen einzuleiten. Die Illollerer Verlinf hoffen von den übrigen Kollegen, daß ſie ſich dieſen Wechſel ebenfalls zu eigen machen, damit der Widerſtand der Firma Reinhold & Co. endgiltig gebrochen wird.

In Hannover lief der von den Unternehmern gefündigte Tarif am 1. November ab. In den Verhandlungen über den neuen Tarif stellten die Kollegen die Forderung auf: 85 1/2 Stundenlohn, bei Arbeiten ausserhalb d. 27 1/2 Zulage den Tag und Abkaffung aller Affordarbeit. Als bezeichneten die Unternehmer als unmachbar und verlangten von den Kollegen die Anerkennung eines Affordtarifs mit stark herabgesetzten Preisen. Zugleich traten die Kollegen am 2. November in den Streik ein.

Zuschriften an die Streifleitung sind nach Gastwirt Hiene, Grünstr. 24, zu adressieren.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu übergeben:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Untersuchungs-Abtheilungen wurden in der Zeit vom 2. bis 7. November für folgende Mitglieder erteilt: A. Rieger-Leutmannsdorf (Frau), Werb.-Nr. 231 803; Alb. Anfs-Börsig, 97 705; Karl. Klages - Braunshülse, 12 127; Wilh. Zech-Friedland i. W., 293 018; C. Petruske-Latowitz, 111 757; S. Schöninger-Berlin, 258 093; C. Fehland-Berlin, 7744; Herm. Müller-Berlin (Frau), 6187; Ad. Urban-Berlin, 6187; Herm. Müller-Tempelin, 1459; Seb. Ziller-Erfurt, 67 107; Karl. Rieger-Berlin, 3489; Ernst Gollsch-Berlin (F.), 294; Rud. Wundt i. Karlsruhe, 234 442; Rud. Fleißig-Göttingen, Schl., 255 698; C. W. Künigke-Dannover, 32 044; Otto Richter-Batowitz (Frau), 234 908; Joh. Braun-Berlin, 16 995; Emil. Hornbaur - Oldes (Frau), 261 549; Emma Behn-Danfk., 125 459; Karl Engder-Mannheim (Frau), 261 897; Fritz Gange-Königs (Frau), 39 171; W. Bergmann - Darmstadt, 188 806; Aug. Meyer-Bittfeld, 106 068; C. Schmidt-Berlin (F.) (Frau), 291; Paul Schmidt-Berlin (F.), 147; Ed. Heibel-Weising (Frau), 267 965; Wilh. Stute-Münch i. B., (Frau), 87 363; Ad. Rauch-Diegen (Frau), 365 027; W. Wörz-Frankfurt i. A. (Frau), 21 212; Joh. Radusch-Latowitz (Frau), 14 991; Herm. Greifeld-Dresden, 87 656; Louis Görner-Dresden, 239 533; Heinrich Pulstke-Dresden, 133 911; August Schiert-Dresden, 488 081; Herm. Eiser-Melhor, 177 758; Paul Deeg-Halle, 25 284; Rud. Buchta-Meißen (F. Hl. (Frau), 303 640; Gust. Manni-Schwedt a. d. D., 5339; Emil Gernspacher-Emden, 37 086; Fritz Bentert-Würzburg, 331 650; Carl Braun-Sandburg, 38 326.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den
Kassierer J. Küster, Hamburg 1, Besenbinderhof 56, zu
adressiren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt an-
zugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 1. bis 7. November 1908 sind folgende Beträge eingegangen:

sammlung teilnehmend, da die Versammlung, die eigentlich in Oppeln stattfinden sollte, in einem Ort in der Nähe von Oppeln stattfand. Die Arbeitsgelegenheit ist auch von den Orten gewaltig abflauend, wo sie bisher noch gut war. Die Diskussion betrafte sich im Sinne des Referats; hierbei zeigte sich auch, daß der Vorstand für die im Frühjahr abgeschlossene Lohnbewegung das Richtige getroffen hat. Wird erst wieder bessere Arbeitsgelegenheit vorhanden sein, dann werden auch hoffentlich unsere Kollegen von einem besseren Geste für unsere gute Sache besetzt sein. Platz zur Betätigung bietet auch der Teil von Schlefien noch, in dem ich Versammlungen abgehalten habe.

gutes Leben machen, auch menschenwürdiger gestalten. Zum Schluß will ich nicht unerwähnt lassen, daß sich die Unternehmer in Weimar riefes darüber aufgeregt haben, weil die Versammlungseinladungen an einige Bauzünfte angeblich waren. Die Herren haben die Einladungen entweder selbst abgerissen oder ihren Fridolini damit beauftragt. Und in einem Schreiben an den Vorsitzenden unseres Zweigvereins schrieb der Arbeitgeberverband am Schluß:

San Cöln.

Der Versammlungsort in Gau Cöln, wenigstens in den Orten, wo ich zur Versammlung war, muß als schlecht, sogar sehr schlecht bezeichnet werden. Im ganzen waren, außer Mairisch, von ungefähr 3400 Mitgliedern, 689 Kollegen in den Versammlungen amwesend. In R u s s e l fiel die Versammlung aus, weil nur 8 Kollegen erschienen waren. Der Versammlungsbesuch hat folgender: K e n n e l d 50, Söllingen 28, Müßheim a. M. 20, Cöln 65 bis 70, R a i l 13, Eiegen 38, G u m m e r s b a d 14, D ü r e n 18, M e h d i 21, B i e r t e n 16, E r e f e l d 60, P a r m e n 65 bis 70, E l d e r f e l d 55, G i l d e n 13, D ü s s e l d o r f 72, R e u s 8, A d a m 35, M a i r i s c h 90 bis 100. Eine bemerkenswerte Disziplin hat sich nirgends an den Vortrag angegeschlossen. Sicher liegt wohl den Kollegen die

Weiter ist kein Unglück passiert. Am besten ist es, wenn unsere Kollegen auf jedem Bau gut organisiert sind und einen Bauleitenden bestimmen, der wird dann die Kollegen von den Versammlungen unterrichten; dann bleiben die Bauleiter Unternehmungsverbändler wenigstens in ihrem seelischen Gleichgewicht. Ernst Rühl.

Ernst Rauth.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß
Bestellungen und Adressenveränderungen nur dann
für die laufende Nummer berücksichtigt werden
können, wenn sie Dienstags vormittags in unserm
Büreau eintreffen.

In mehreren Orten werden in der nächsten Zeit von kommenden Arbeitslosigkeitseingängeln veranlaßt. So am 17. November in Berlin. Wir fordern unsere arbeitslosen Kollegen auf, sich bei diesen Zählungen zu melden und alle verlangten Auskünfte zu erteilen. Diese Zählungen sind äußerst wichtig, denn ihr Ergebnis wird die Entschärfungen der Wehrden, ob sie etwas zur Linderung der Not tun wollen oder nicht, vermutlich sehr stark beeinflussen. Wer arbeitslos ist und sich nicht meldet, läßt dadurch die herrschende Not weniger groß erscheinen, gibt den fatten Kollosbrüdern das Recht, um der Lieberfreibung zu zeihen, und einen Vorwand, sich der Erfüllung einer sozialen Pflicht zu entziehen. Darum werde kein arbeitsloser Kollege die Zählungen.

Augsburg. Die „Wacht“ und der „Baumwerker“, beides Organe der Kirche, fabeln wieder einmal vom Terrorismus unseres Verstandes. Das Material dazu hat ihnen das frühere Mitglied Franz Wagner, Buchnummer 433 690, geb. 27. 5. 77 zu Augsburg, geliefert. Wagner ist nicht nur in Augsburg, sondern auch in Rheinland und im Elsaß usw. bekannt. Er benötigt einen Rittschußtritt, bei dem er karambolireiche Touren mit

vorzuziehen, bei dem er ganzgreifliche Güten mit nach Hause brachte, um gegen die Verbandsleitung zu gehen. Die Macht und der Bauhandwerker schreiben: „Die führenden Geister des „freien“ Zentralverbandes der Mauer haben eine Spezialmethode erfunden zur Aufseiner ihrer Mitglieder in der Agitation, wenn sie wegen perzipierender Vorkommnisse nicht mehr recht gesehen. Auf die verschiedenen Vorkommnisse gehen beide Mäster nicht ein, hat sich doch erst kürzlich ihr Freund Tiefich in Nürnberg vier Monate Gefängnis geholt, die ohne Zweifel noch eine Radspitzung zurückgelassen haben. Wir stellen hier ausdrücklich fest, daß wir schon von vornherein auf

Die Tätigkeit dieses Wagner verzichtet haben. Weiter stellen wir fest, daß die Leitung des Verbandes mit diesem Vorkommnis, das wir selbst nicht aufheben, nichts zu tun hat. Wir begreifen das Vorgehen der beiden Blätter ganz gut, haben wir doch im vergangenen Sommer in die Reihen der guten Kirche eine beachtliche Lücke ge-

Die meisten der guten Stücke eine deutliche Laue triffen. Sogar den Schriftführer haben wir ihnen abgejagt. Damit aber die beiden Blätter ihren Heldenmut, andere zu verteidigen, nicht ins Unermeßliche steigern, sei hier eine kleine Charakteristik ihres Schüblings gebracht. Im Jahre 1905 faßte er Wagner bei uns Beiräte. „So aana, achid!“ wie er immer so schön aus dem Mund kommt.

gang „Aach“, wie er immer so schon sagen kann, ver-
galt das Verbleiben von 80 Beiträgen à 40 Z. Wegen
Unterzeichnung angeklagt, verteidigte er sich damit, daß
seine Frau so „ganz aus Versehen“ die Wästen verbrannt
habe. Das Gericht glaubte ihm dies und sprach ihn frei.
Damals aus dem Verbanne ausgeschlossen, verstand er es
nicht minder, sich bei der damaligen Reiterei, Götter u.

bald wieder, ich bei der damaligen Zeitung Gehör zu
 beschaffen, die dann seine Neuauflage befristete.
 Ich war kaum ein paar Wochen in Augsburg, als ich schon
 um Rechtsschutz für Wagner für sage und schreibe sechs
 Anlagen wegen schwerer Körperverletzung in Verbindung
 mit § 153 nachsuchen mußte. Alle sechs Reate soll
 Wagner, der 1904 in München lebte, diei. Markt

Wagner im Jahre 1906 begangen haben. Zwei Anflüge sind erledigt, die anderen vier noch anhängig. Und so ein Mann will von Terrorismus reden! Feststellen wollen wir noch ausdrücklich, daß Wagner nach Beginn des Streites, wie er selber angibt, sein Bier austrank und ging, um später wieder zu kommen. Es hat ihm jedenfalls

der Budel geknallt. So sieht also der Schlingling der Hirsche aus. Uebrigens ist Wagner bei allen, die ihn kennen, als ein ungezogener Mensch bekannt. Mit glauben nicht, daß die beiden Hirschen-Geitungen die Tapferkeitsmedaille für ihre Selbstaufopferung bekommen. Die beiden Wäpfer haben sicher nicht aus Liebe zu Wagner gehandelt.

lieber dürfte ihnen gewesen sein, daß sie wieder einmal einen Anlaß gefunden haben, gegen unseren Verband gehen zu können. Da wir aber der Meinung sind, daß ein Kollege, der in gegnerischen Blättern den Verband zu diffundieren versucht, nicht würdig ist, unserem Verbands als Mitglied anzugehören, so haben wir ihn am 1. No-

Dortmund. Am 1. November fand im Gewerkschaftshause eine Konferenz des Kreiskomitees Dortmund statt.

c) Für Kalender.

Boischnid M. 1,7

o) Für Kalender.

Vom Vorstandsvorstande bestätigt sind die neu-
wählten Vorstandsmitglieder aller Zw.igvereine, die in voriger
Woche das Wahlprotokoll eingekandt haben und denen nicht
sonst eine andere Mitteilung geworden ist.

218 verloren gemeldet sind uns die Wittkindsbücher
 o. Karten der Kollegen Franz Müller (Stettin (S. 14 028),
 o. Hermann-Ludwig (S. 27 642), W. H. Sippel (Saffel
 (S. 186 948), Jol. Schütz-Wilgungen i. Gf. (186 971),
 o. Schumacher (Saffel (S. 198 122), Jol. Schwamermer (Kun-
 g. a. d. B. (358 458), J. Barer (Pforthheim (42 778),
 o. Schner-Pollitzheim (269 440), S. Schreder-Wertheim (S. 270),
 Jol. Friedr. v. Hensel-Bad (288 577), W. Schreder-
 Grefeld (175 608), Albert Gohndel-Hausen (S. 270),
 o. Künimann-Neudorf (185 085), Heinr. Kern (Sammel-
 1532), Karl Zaunhitz-Wurzen (108 983), Friedr. Biedent-
 106 293), Jacob Schlapf-Gaimover (31 509),
 Waldrich-Wänden (451 060), Andr. Seid-Wänden
 382), G. Meider-Frautwurf a. W. (19 165), Paul Dier-
 421 768), Karl Baasch-Wurzen (283 746), Walth. Fähr-
 189 941), Heinr. Gilling-Giltenhofen (4 2781),
 Dr. Wack-Schlager (41 933), Karl Baum-Grefeld (154 088),
 wig Seidmeyer-Kaisersruhe (218 340), Jol. Oberdorfer (Saffel
 668), Otto Duenzel-Wertheim (328 575), Aug. Jagemann-
 189 181), Adth. Bühler-Gef. (S. 35 24).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37 b des Statuts vom
 eideren Augsburg: Franz Wagner (Vrb.-Nr. 433 699);
 ufen: Heinrich Ringler (361 039); B ü b e d : Heinrich
 de (84 578), Paul Gallen (501 830), Karl Hähdel (449 765),
 Piloner (449 843).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rüchdiger Beiträge ausgeziffen find, werden unter diefer Brief nicht bekannt gegeben.

Ausgefördert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden
Zweigverein Pforzheim: Georg Verbold, geboren am
Oktober 1875 zu Hochheim (Verb.-Nr. 111 403), Friedrich
ler, geb. am 26. Sept. 1882 zu Eßlingen (318 383), Gustav
er, geb. am 29. Juli 1867 zu Erumbach (201 582), Wilhelm
chbaum, geb. am 7. Juni 1866 zu Böschbach (219 575).

Im Angabe ihrer Adresse werden erucht dem Zweig-
in Coblenz: Neuwied: Albert und Max Jäde aus-
gen a. Rügen (Verb.-Nr. 34 449 bezw. 110 918); Wiffel-
vede: August Karstens (200 183), geb. am 25. Dez. 1873
Wandsbek, eingetretten am 2. Juli 1904.

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, den ersucht, dem betreffenden Zweigverein oder uns Mitteilung zu machen.

Der Vorstandsvorstand.

San Breslan.

Die von mir abgefallenen Versammlungen im Gau Breslau waren, mit wenigen Ausnahmen, nur sehr schwach besucht. Von 4386 mir angegebenen Mitgliedern in den Versammlungsorten, waren nur 726 in den Versammlungen anwesend, eine Zahl, die eigentlich wenn unsere Kollegen noch etwas Interesse für unsere gute Sache gezeigt hätten, allein in der Breslauer Versammlung hätte erreicht werden müssen. Aber gerade in Breslau war der Versammlungsbuchschäbmeister, ganze 77 Kollegen waren anwesend, so daß in dem großen Saale des Gewerkschaftshauses mehr Tische und Stühle als Kollegen zu sehen waren. Wenn auch die Arbeitslosigkeit in Breslau groß ist, so hätte doch der Versammlungsbuchschäbmeister der noch beschäftigten Kollegen, viel besser sein können. Aber die Arbeitslosigkeit unserer Kollegen nimmt Formen an, daß sie sich, wenn die Kollegen nicht Einkehr halten, dereinst noch bitter rächen muß. Wenn in den kleineren Orten der Versammlungsbuchschäb nicht größer war, so lag das vielfach daran, daß die Kollegen bis zu 10 km vom Arbeitsorte entfernt wohnen. Im übrigen war in den einzelnen Orten der Versammlungsbuchschäb wie folgt. Die eingeklammerten Zahlen sind die Mitgliederzahlen: Neumarkt (108) 16, Deutsch-Wisla (140) 26; Strehlen (28) 2, Breslau (1300*) 77, Oppeln (300) 40, Zeitz (96) 40, Briesg (300) 80, Pilseneritz (200) 49, Freyha (400) 36, Pilsitz (200) 35, Striegau (120) 85, Gottesberg (65) 15, Waldenburg (430) 88, Neurode (42) 4, Langenbielau (200) 47, Reichenbach (197) 63, Schwabitz (195) 37, Wilken (45) 28. Durch ein Mißverständnis bezüglich des Lokals, konnte ich in Oppeln leider nicht an der Ver-

Gau Erfurt.

Versammlungen fanden statt in Ailsbiedt, Apolda, Weimar, Ilmenau, Kuba, Gotha, Rudolstadt, Tamburg, Lambach, Schmalfelden, Reiningen, Eisenach, Coburg und Salzungen. Die Versammlung in Suhl fiel aus, weil, wie die Kollegen erklärten, nur wenig Mitglieder am Orte wohnen. Bei der nächsten Konjunktur die in den

am Orte wohnen, bei der nächsten Konjunktur sie in den umliegenden Dörfern wohnenden Kollegen mit Feldarbeit beschäftigt sind und an Wochentagen nicht zusammengebracht werden können. Ein Versuch, die Versammlung am Sonntag auf dem Dorfe abzuhalten, scheiterte, weil die Schulzen nicht auf den Sonntag verzichten wollten. Der Versammlungsbesuch war in Götba, Fambach, Schmalkalden und Eisenach gut, in Aulbach

schmaltrauben und Eichen gut, in Allstedt, Rügula, Rudolfsstadt und Coburg mittelmäßig, in den übrigen Orten schlecht. Ein Grund für den schlechten Befund ist, daß die Kollegen in den meisten Zweigvereinen in der Umgegend des Arbeitsortes auf dem Lande wohnen; „Lamavitte“ find sie auch fast alle, und da gerade Kartoffel-ernte vor, so glauben viele, die Kartoffeln müssen vor dem

Verfammlungsbezug. Dann fehlt es in manchem Orte auch an geistiger Regsamkeit. Die Versammlungsleiter sind meistens keine Redner, unter den übrigen Mitsiedlern gibt es nur wenige reberischer veranlagte Kollegen, so daß sich die Versammlungen im allgemeinen sehr einfach und interesselos abspielen. Dies hat dann mit der Zeit auch die Gleichgültigkeit der Teilnehmer herbeigeführt.

abzuideln. Dies hat dann mit der Zeit große Gleichgültig-
keit hervorgerufen, die höchstens in Zeiten der Lobbewer-
gung unterbrochen wird. Von den die Versammlung be-
suchenden Kollegen wurde dann auch allgemein der leb-
hafte Wunsch laut, der Verbands- und Gauvorstand möge
häufiger derartige Touren veranstalten, es sei doch mal

was anderes, ein zeitgemäßes Thema behandelt zu hören, als die gewohnheitsmäßigen Kartellberichte, Bauarbeiter-
schußberichte, Miststände auf Bauten und schließlich den omi-
nösen Punkt „Verschiebener“ mit seinem leider oft aus-
artenden Kleinigkeitsgeist verdauen zu müssen. Im großen
ganzen fand ich dankbare Zuhörer; leider ist in einigen

Fällen der gute Eindruck, den meine Ausführungen hervorriefen, zum Teil wieder betrieft worden durch persönliche Rivalereien, die unter den Kollegen bestanden und nachher zum Ausdruck kamen. Selbst leitende Kollegen sind nicht immer frei davon. Die Klassen- und Buchführung war im allgemeinen gut, soo Rängel vorhanden waren, habe ich

Augenheiten gar, so häufig vorhanden waren, habe ich darauf hingewiesen und überall Verständnis gefunden und die Verbesserung bekommen, es in der Folgezeit besser zu machen. Die Bautätigkeit war in den meisten Orten mittel- mäßig, gegen das Vorjahr ist sie überall zurückgegangen, in einigen Orten war sie direkt schlecht. Dadurch ist in manchen Orten große Müßiggang entstanden. Die schen-

manchen Orten große Knechtschaft entstanden. Die zehn-
stündige Arbeitszeit ist allgemein durchgeführt, der Lohn
ist allerdings gering. Es wird noch mancher Anstrengung
bedürfen, dort bessere Lohnverhältnisse zu schaffen. Eine
gute Grundlage dafür ist in den meisten Städten vor-
handen, da die Maurer mit Ausnahme weniger Plätze fast
alle arbeitsfähig sind. Man muß sich aber hüten, die

alle organisiert sind. Wenn noch gute Schulung dazu kommt, dann dürfte sich das Los unserer Kollegen im schönen Thüringerwald, das heute noch in einem groben Kontrast zu den Lebensverhältnissen Tausender steht, vielleicht in dieser von der Natur so auf bedachten Gegend ein

Der Vorsitzende des Zweigvereins, Kollege Klein, gab den Bericht. Der Bericht über die Tätigkeit des Zweigvereins im letzten Quartal ist gut. Die Nachbarn des Tarifabschlusses, bei dem die Hoffnungen der Mehrzahl unserer Kollegen nicht erfüllt wurden, machten sich dabei noch geltend. Der Tarifvertrag wird im großen und ganzen im Zweigvereinsgebiet inne gehalten. In Parteien konnte sich der Unternehmer nicht dazu vereinen, mußte aber, nachdem die Vertreter der Organisation mehrmals vorstellend geworden waren und die Kollegen die Arbeit niedergelegt hatten, den Lohn vom Abschluß des Vertrages an nachzahlen. Unsere schon oft angestellten Versuche, die Organisation auch im Winterlande auszuweiten, haben jetzt Erfolg gehabt. Durch das Vordringen des Kohlenbergbaus werden dort größere Anlagen ausgeführt, was unsere Agitation begünstigt. Wir haben jetzt schon eine fastige Mitgliederzahl in Bork, Sehm und Rantze, und die Zeit wird nicht mehr fern sein, wo auch dort bessere Verhältnisse herrschen werden. Auf das Baudelegiertenamt muß in Zukunft wieder größeres Gewicht gelegt werden. Der Versuch der Delegiertenfahrten war gleich dem Veranlassungsbezug schlecht. Auch der Arbeitsnachweis befriedigt nicht vollständig. Wenn ihm die Kollegen größere Aufmerksamkeit geschenkt hätten, so hätte mancher unserer Kollegen mehr untergebracht werden können. Am den Bauarbeiterspruch zu fördern, mußten wir vornehmlich die Berufsangehörigen anrufen, damit wenigstens die ärgsten Missetäter auf mancher Bauplatz besetzt wurden. Bei der Aufnahme einer Statistik im Zweigvereinsgebiet stellten wir eine große Anzahl unorganisirter Kollegen fest, größtenteils sind es Ausländer, die das Unternehmertum im Frühjahr nach hier lockte, um sie bei einer Kolonnenbewegung als Streikbrecher zu verwenden. In der Stadt haben die Wahlen zur Orts- und Innungsversammlung stattgefunden, die den freien Gewerkschaften die Majorität brachten. In Zukunft müssen wir auch in den Landgemeinden, wo Arbeiterfamilien wohnen, die Kollegen mehr für die Wahlen interessieren. Unsere Mitgliederzahl betrug am Schluß des dritten Quartals 1820 gegen 1408 im zweiten Quartal. Die gewerkschaftlichen Angelegenheiten des Zweigvereins wurden in 64 Versammlungen, 53 Sitzungen und 48 Vorträgen erörtert, Vorträge wurden drei gehalten. Um das Bildungsbedürfnis unserer Kollegen zu heben, plante der Vorstand, im Winter einen Unterrichtskursus abzuhalten. Die letzte Mitgliederversammlung bewilligte hierzu M. 200. Gossowitz wird die Veranstaltung gute Früchte tragen, damit wir immer mehr Kollegen haben, die die Ideen der Organisation verbreiten helfen. Die Abrechnung des dritten Quartals gab der Kollege Widlans bekannt. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkassie schließt mit M. 8819,25 ab. Die Einnahme der Lokalkassie betrug inklusive Kassenbestand M. 17 625,53, die Ausgabe M. 3441,78. Wiltsh bleibt ein Bestand von M. 18 683,75. Kollege Widlans rügte die vielen Feste, die größtenteils mit Defizits abschließen. Es wäre nötig, mit den am Orte vorhandenen Organisationen gemeinschaftliche Feste zu feiern, wenn es denn unbedingt nötig wäre. Die Wirkung der Feste geht aus dem Kassenumsatz hervor. Im dritten Quartal 1908 wurden verkauft 28 204, im dritten Quartal 1907 23 645 und im dritten Quartal 1908 nur 16 753 Beitragsmarken. In der Diskussion wünschten die Vertreter der Baufirmen eine Unterbindung seitens des Zweigvereinsvorstandes, auch des Bauvorstandes, obwohl nicht bestritten wird, daß der Vorstand seine Pflichten erfüllt hat. Die Baufirmenversammlungen fallen fast alle auf den Samstag, hierin muß eine Änderung eintreten, wenn die gewünschte Wirkung erfüllt werden sollen. Für die Leistung eines Winterbeitrages sprach Kollege Widlans. Er sagte, daß ein früherer Beschluß des Zweigvereins laute, der Lokalschlag von 10 % ist für das ganze Jahr zu zahlen. Es mache sich notwendig, dies beizubehalten in den Versammlungen zu erklären. Da nun ein großer Bestand von Lokalschlagmarken zu 20 % aus dem Jahre 1907 vorhanden ist, sollten diese für diesen Winter verwendet werden. Demnach hätten die Kollegen für 12 Wochen 6 Schid à 20 % zu zahlen. Die Anwesenden erklärten durch Abstimmung, dafür eintreten zu wollen. Ueber Agitation sprach Kollege Kahl. Durch die schlechte wirtschaftliche Lage haben wir einen Rückgang in der Organisation zu verzeichnen; ein Teil Schuld wäre auch wohl der Kolonnenbewegung zuzuschreiben, die die Hoffnungen der Kollegen nicht so erfüllt hat, wie es in der Konjunktursituation möglich gewesen wäre. Die Mitglieder wählten die Schuld auf die Organisation, statt die wirtschaftlichen Verhältnisse zu erkennen. Viele Kollegen hätten den richtigen Gedanken der Organisation noch nicht erkannt, deshalb dürfe die Agitation nicht einschlafen. Man solle in der Agitation auf die wirtschaftlichen Zustände zurückgreifen, die jedem die Notwendigkeit des Zusammenstehens zeigen. Material dazu böten die Tagespresse und der „Grundstein“. Durch Teilnahme an dem vom Zweigverein veranstalteten Unterrichtskursus könne jeder Kollege sein Wissen bereichern und es wieder in den Dienst der Organisation stellen. So müßten wir arbeiten, um den Wismut und die Gleichgültigkeit wieder zu bezeugen. In „Verschiedenes“ wünschten die Vertreter von Rütgen, Dortmund, daß die nächste Vorstandswahl anders vorgenommen würde wie bisher, wo der größte Teil der Mitglieder wegen der großen Entfernung an der Wahl nicht teilnehmen könne. Der Vorstand wurde beauftragt, ein Regulator dazu auszuarbeiten. Eine Diskussion entspann sich noch mit dem Vorstand der Bauhilfsarbeiter, weil unsere Kollegen annehmen, daß der Vorstand der Bauhilfsarbeiter in den Landorten nicht genügend Agitation treibe. Genosse Krens trat in kurzen Ausführungen dieser Auffassung entgegen. Darauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Frankenberg i. C. In der Versammlung am 24. Oktober verlas der Kassierer die Abrechnung, dann wurde für den amtsübenden Schriftführer ein Ersatz gewählt. Ein Kollege schloß sich durch den Bericht in Nr. 41 des „Grundstein“ getroffen, man war aber der Meinung, daß die darin ausgesprochenen Tadel nicht einem einzelnen, sondern allen denen gelten, die der Verwaltung die Arbeit erschweren. Erörterung rief die Mitteilung hervor, daß ein Kollege ohne ersichtlichen Grund von einem Unternehmer entlassen sei. Der Vorstand erhielt den Auftrag, sich für

seine Wiedereinstellung zu bemühen. Das ist geschehen, und zwar mit dem Erfolge, daß der Kollege wieder eingestellt wurde. Bei dem Bericht über die Tätigkeit des Bildungsausschusses wurden: M. 25 für diesen bewilligt.

Sagen i. B. Die Generalversammlung des Zweigvereins am 1. November, in der auch die Vorstände der Baufirmen anwesend waren, wies einen guten Besuch auf. Nur Schwerte und Letmathe waren nicht vertreten. Den Tätigkeitsbericht erstattete Kollege Dege. Während die Bautätigkeit in den Jahren 1906 und 1907 im ganzen sehr schlecht gewesen. In den Orten Mißpe, Geseberg, Schwerte, Letmathe und Hohenlimburg, wo noch im zweiten Quartal eine leibliche Konjunktur herrschte, ist die Arbeitslosigkeit ganz bedeutend gestiegen. Eine Belebung des Baumarcktes im vierten Quartal ist kaum zu erwarten, da alle Angelegenheiten dafür fehlen. Im ganzen Bezirk, wo sonst die Kleinindustrie in voller Blüte stand, kann man jetzt fortgesetzt Arbeitsentlassungen beobachten, oder daß Feiertagsarbeiten eingelegt werden. Infolge der ungesicherten Arbeitsverhältnisse sind verschiedene Unternehmer nicht für notwendig, den Tarif zu beachten. Für die Orte Geseberg und Geseberg ist der Stundenlohn durch Schiedsspruch um 1 % gestiegen. In einer Versammlung der Unternehmer der Ortsgruppe Sagen, in der auch die oben erwähnten Orte gehörten, wurde auf Grund einer Erklärung des Vorstehenden, des uns fasslich bekannten Unternehmers Platte, beschlossen, Protest gegen die Erhöhung des Lohnes einzulegen, da er, der Herr Platte, keine Zugeständnisse gemacht hätte. (Anmerkung des Schriftführers: Laut Beschluß des Einigungsamtes vom 3. November muß der im neuen Tarif festgesetzte Lohn für diese Orte gezahlt werden.) Die Unternehmern in Mißpe, Letmathe und Börde, die in einer Sitzung am 28. August auf Ehrenwort erklärten, daß sie den Tarif im vollen Umfange anerkennen; sind wort- und tarifmäßig geworden, indem sie den 1 % Erhöhung bei der dritten Lohnzahlung wieder abgezogen haben. Das sind die Folgen der Interesslosigkeit der dortigen Kollegen. Da auch die Unternehmer in Hohenlimburg, Schwerte und Sagen immer wieder verweigern, den Tarif zu umgehen, so mußte die Verbandsleitung mehrmals vorstellend werden, damit die Kollegen zu ihrem Rechte kamen, was auch durchgängig erreicht wurde. Mehrere Streitigkeiten wurden durch die Schlichtungskommission zur beiderseitigen Zufriedenheit entschieden. Nur eine Streitigkeit, die für unsere Kollegen von hoher Bedeutung ist, schwebt noch. Es handelt sich darum, ob ein Arbeiter verpflichtet ist, bei ordnungsmäßiger Kündigung, seine Papiere und seinen Lohn aus dem Bureau des Unternehmers abzugeben. Der Sachverhalt ist folgender: Am 24. August hat ein Kollege wegen schlechter Behandlung seitens des Poliers gekündigt, so daß am 29. August, abends, das Arbeitsverhältnis gelöst wurde. Im Laufe des nachmittags am 29. August fragte der Polier den betreffenden Kollegen, ob er vielleicht etwas früher aufbrechen wolle, damit er Papiere und Geld beibringen könnte. Der Kollege erklärte: „nein, ich arbeite bis Arbeitslohn“. Am selben Abend erhielten die übrigen Kollegen die fällige Arbeitslohnzahlung, aber der Kollege, der gekündigt hatte, erhielt weder Lohn noch Papiere. Daß der Kollege sehr erbittert darüber war, kann man verstehen, und so erklärte er, der Unternehmer müsse ihm nunmehr Geld und Papiere ausgeben. Da der Kollege am Montag andere Arbeit in Geseberg erhalten hatte, war er gezwungen, am Dienstag Papiere und Lohn zu holen, wodurch er des Lohnes für 6 1/2 Stunden = M. 2,81 verlustig ging. Da der betreffende Kollege die Schlichtungskommission zur Entscheidung überwies. Der Kollege hatte mit noch zehn Maurern und fünf Bauhilfsarbeitern an einem vierstöckigen Neubau gearbeitet. Bei Erörterung der Frage, ob er verpflichtet sei, Papiere und Lohn aus dem Bureau des Unternehmers abzugeben, erklärte Herr Platte, der Vorsitzende der Ortsgruppe des Arbeitsverbandes in Sagen, selbstverständlich, das wäre eine keine vorübergehende Arbeit. Obwohl Kollege Dege Herrn Platte zu verstehen gab, daß ein Neubau von vier Etagen doch keine kleine Arbeit sei und nicht unter den dritten Absatz des § 6 falle, beharrte Herr Platte auf seinem Standpunkt. Weiter mit einem solchen Unternehmer zu diskutieren, hieße gegen Windmühlen kämpfen. Eine Weisungsgröße ist und bleibt eben der Herr Platte. Die Schlichtungskommission beschloß unter Widerspruch des Herrn Platte und des Beklagten, der eingehende Arbeitslohn sei auszugeben. Der betreffende Kollege sagte sich dem Beschluß nicht, so daß diese Angelegenheit bei dem Einigungsamt liegt. In Versammlungen wurden im dritten Quartal abgegeben: 4 öffentliche und 43 Mitgliederunternommen, außerdem wurden 66 Agitationsstunden den neuen Tarif und gab bekannt, daß Sonntag, den 8. November im ganzen Gebiet eine Wählerkontrolle, sowie eine nachmalige Hausagitation stattfinden. Den Kassenbericht erstattete Kollege Geseberg. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkassie beträgt M. 3034,40. Die Ausgabe von M. 1876,63, so daß ein Kassenbestand von M. 1157,77 vorhanden ist. Die Mitgliederzahl betrug am Quartalschluß 653. Kollege Wilhelm Schäfer teilte der Ortsgruppe mit, daß die Pagner Textilindustrie ihren pro Tag nicht mehr gezahlt werden könnte, der noch für M. 3,20 pro Schicht arbeiten wolle, könnte weiter arbeiten, sonst sei hierdurch die Kündigung ausgeprochen. (Natürlich kommen nur unorganisierte in Betracht.) Beschlossen wurde gegen vier Stimmen, in den beitragsfreien Monaten Dezember, Januar und Februar einen Winterbeitrag von 10 % pro Woche zu erheben. Einige Kollegen von Geseberg glaubten bei diesem Punkte eine Befreiungsvorstellung geben zu müssen, während aber vom Kollegen Reijel sowie vom Vorsitzenden gebührend abgelehrt. Mit einem fröhlichen Schlußwort wurde die anstehende Versammlung geschlossen.

Serne-Nestlinghausen. Die Konjunktur war im dritten Quartal ziemlich zufriedenstellend. Bei der Aufnahme der Bautenstatistik wurden insgesamt gezählt 1970 Maurer, die auf 897 Bauten beschäftigt waren. Von den

897 Bauten waren 253 Kolonnenbauten und nur 144 Privatbauten. Man sieht, die Privatbauten waren nur gering, obwohl die Wohnungsbau hier groß ist. Die letztere Tatsache berechtigt zu der Hoffnung, daß die Bautätigkeit auch in der Folge gut sein wird. Der guten Konjunktur entsprach auch die Entwicklung der Organisation. Die Mitgliederzahl betrug zur Zeit 934. Als christlich organisiert wurden 843 gezählt, während circa 200 Maurer unorganisiert sind. Der Kassenbericht betrug M. 11 693 gegen M. 9794 im dritten Quartal 1907. Neuaufgenommen wurden 142 Mitglieder, wovon 7 zum zweiten Male, und 18 traten von anderen Organisationen zu uns über. Die Einnahme für die Hauptkassie betrug M. 6598,25, die Ausgabe für die Lokalkassie einschließlich des Lokalschlagbestandes vom zweiten Quartal in Höhe von M. 2810,22 M. 5830,90; die Ausgabe M. 2078,82; der Kassenbestand betrug M. 3752,58. An den Tarifvertrag können sich die Unternehmer immer noch nicht gewöhnen, wenigstens soweit er ihnen Pflichten auferlegt. So mühten wir die Unternehmer in Serne erst durch energisches Vorgehen zu gewinnen, den Lohn von 55 % zu zahlen. In Geseberg mußte die Sperre verhängt werden, weil sie sich ebenfalls weigerten, den Lohn von 55 % zu zahlen. Keine wie Kamperts hat mittlerweile bewilligt, Belauer keine hat leider Streikbrecher in genügender Zahl gefunden. Die Sperre gegen B. bleibt bestehen. Der Unternehmer Boigt in Hohenhorst glaubt Lohn nach „Leistung“ zahlen zu können. Eine Reihe Kollegen am Scherbergerecht befehlt ihn eines anderen. Außer diesen Klagen waren noch gegen mehrere Unternehmer Klagen wegen Lohnforderungen anzutragen. Insgesamt klagten 17 Kollegen gegen 10 Unternehmer um eine Summe von M. 290,48. Ertrübt sind 12 Klagen, 5 schwanden ab. Von den 12 erledigten Klagen fielen 11 zu Gunsten der Kollegen aus, wodurch den Kollegen M. 177 gerettet wurden. Der Bauarbeiterspruch liegt hier immer noch sehr im argen, wenn auch eine geringe Besserung zu erkennen ist. Um die Unternehmer auch nur zu dem dringenden Notwendigen anzuhalten, wurden mehrere Strafmandate erteilt. Die verhängten Strafmandate zeitigten denn auch geringe Besserung. Wirken unsere Kollegen alle Verträge der Unternehmer dem Zweigverein melden, so würde es besser möglich sein, eine Besserung herbeizuführen. Hoffen wir in dieser Beziehung von der Zukunft das Beste.

Kiffingen. Am 1. Juli kündigte der hiesige Zweigverein seinen am 1. Oktober abzulaufenden Vertrag und verlangte von den Unternehmern bis längstens 15. September eine Antwort. Jetzt ist der Oktober vorüber, und immer noch haben wir keine Antwort erhalten. Da nun der Vertrag gekündigt ist, so glauben die Unternehmer Geil und Hippler, den Stundenlohn von 40 % auf 33 % kürzen zu können. Fragen wir nun, woran das liegt, so brauchen wir da nicht lange zu suchen, die Antwort ist bald gegeben: Es fehlt an einer der Unternehmern selbst organisierenden Organisation. Die in hiesiger Gegend beschäftigten Maurer wollen es nicht besser haben. Statt sich mit ihren Kollegen in den Verbänden zusammenzufinden, statt ihre Verbandsbeiträge zu zahlen und an der Ausbreitung des Verbandes mitzuarbeiten, gehen sie hin und arbeiten entgegen den Verbandsbestimmungen. Wenn die guten Leute nun glauben, hierbei besser zu fahren, so irren sie sich aber gewaltig. Wenn diese Leute zu rechnen können, so wollen wir ihnen zeigen, wieviel sie wöchentlich ihrem Unternehmer in die Tasche schieben. 40 % werden jede Woche an den Verband gezahlt und für 38 % pro Stunde arbeiten sie, das macht täglich bei gewöhnlicher Arbeitszeit pro Mann und Woche einen Minusverdienst von M. 1,20; 40 Maurer sind dort beschäftigt, so macht das von den 40 Maurern jede Woche M. 48 aus. Diese Leute haben also keine 40 % für die Verteilung ihrer Interessen übrig, aber sie bringen es ohne Not fertig, 2 % unter Vertragssatz zu arbeiten und der Unternehmer alle Woche M. 48 in die Tasche zu schieben. Anders macht es der Unternehmer Anton. Schilt. Dieser hat eine Partie gut organisierter Maurer, die übernehmen jede Arbeit in Afford, und wenn sie nicht alles benötigen können, so nimmt der Unternehmer zur Ausfülle noch ein paar andere Maurer. Wenn nun die meiste Arbeit fertiggestellt ist, so werden sie wieder ohne weiteres auf die Straße gesetzt. Dies Vorgehen unserer Unternehmern zeigt uns, wie sie danach trachten, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, und wie es ihnen möglich ist, weil die starke Organisation in Kiffingen fehlt, die ihnen allein ihr trauriges Handwerk legen könnte. Das sollte den Kollegen zu denken geben und sollte sie veranlassen, tatkräftig für die Organisation einzutreten. Was aber unsere Unternehmern jetzt tun, das soll ihnen unvergessen bleiben. Nach dieser Zeit kommt eine andere, und dann soll's ihnen heimgezahlt werden, was sie jetzt an uns freveln — wenn die Kiffinger Maurer bis dahin alle Männer geworden sind.

König. In der Abrechnung des Zweigvereins (vorige Nummer) steht zu lesen, daß man für Beleuchtung M. 75 ausgegeben hätte; der Zweigvereinsvorstand hält es für notwendig, das dahin zu berichtigen, daß es nur 75 % waren.

Kronach. Zu der am 24. Oktober abgehaltenen Versammlung war noch nicht einmal die Hälfte aller Mitglieder erschienen, obwohl alle durch Zirkulare eingeladen worden waren. Manche Kollegen sind mit ihren Beiträgen noch stark im Rückstande und trauen sich deshalb nicht zu kommen. Der wichtigste Beschluß war, im nächsten Jahre einen Beitrag von 40 % die Woche zu erheben, damit die besonderen Leistungen für die Lokalkassie und für das Arbeitssekretariat wegfallen können. Die Beiträge für das Sekretariat sind nämlich sehr schlecht eingegangen, so daß man im Kartell schon erwog, ob man unseren Zweigverein nicht einfach freiden wollte. In der beitragsfreien Zeit soll ein Lokalschlag von 10 % die Woche gezahlt werden. Dann verlas der Kassierer die Abrechnung vom dritten Quartal, wobei bekannt wurde, daß die Revisoren wieder ihre Pflicht nicht getan haben.

Leipzig. Am 2. November tagte im Volksbause die Mitgliederversammlung des Zweigvereins. Kollege Koch hielt einen Vortrag: „Nicht die Wohnungsbaufrage eine Kulturfrage?“. Der sehr lehrreiche Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Nachdem gab Kollege Scheide den Kassen-

bericht vom 3. Quartal. Die Hauptkasse bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit A 34 329,06. Die Lokalfasse hatte eine Einnahme von A 89 651,57, eine Ausgabe von A 3099,79; bleibt Kassenbestand A 83 751,78. Der Revisor Kollege Rundo hat einiges an der Abrechnung auszuweisen. Unter anderem beanstandete er die Ausgabe für ein Bild zum Verbandstage. Die Revisoren Rundo und Welsch stellten den Antrag: Die Verammlung möge beschließen, daß der Hersteller des Bildes A 2,50 an die Lokalfasse zurückgezahlt hat. Nummer wurde auf Antrag des Kollegen Welsch die Abrechnung für richtig befunden. Die Angelegenheit Reier konnte Jacob wurde, da der Kollege Jacob nicht anwesend sein konnte, zurückgestellt. Die Verammlung stimmte zu, daß A 75 für Bibliothekszwecke an das Kartell abgeführt werden. Der Kollege Verhoff gab noch bekannt, daß Blausche Kollegen sich darüber beschwerten, daß auswärtige Kollegen, darunter auch Leipzig, in Bad Ems arbeiten, ohne sich um die Agitation und Organisation am Orte zu kümmern. Diese Laune wurde vom Vorsitzenden sehr gerügt.

Verzichtigung. In dem letzten Verammlungsbericht vom 29. September wurde gesagt, daß der Rauter Aufschuß ausgeschlossen wurde, weil er auf gesperrten Bauten arbeitete. Das ist ein Versehen des Schriftführers. A. ist ausgeschlossen worden, weil er Ueberstunden gemacht hat.

Münster i. W. Sonntag, den 1. November, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, in der zunächst der Kassierer die Abrechnung vom dritten Quartal vorlas. Entlastung konnte dem Kassierer jedoch nicht erteilt werden, weil von den Revisoren keiner zur Verichterstattung anwesend war. Die Abrechnung an sich war jedoch zu schreiben. Hiebend Sobann referierte Kollege Emsch. Er führte aus, daß infolge des hier uns herrschenden Lokalmangels schon im vorigen Jahre im Kartell der Beschäftigten worden sei, daß jede dem Kartell angeschlossene Gewerkschaft A 3 pro Mitglied an die Lokalkommission zu zahlen habe. Dieser Beschluß, der von allen Gewerkschaften genehmigt wurde, wurde jedoch, und auch bei den Maurern, sehr wenig beachtet. In eingehender Weise führte Reiner den Anwesenden die Notwendigkeit der Zahlung des Beitrags vor Augen und unterbreitete am Schluß seiner Ausführungen den Mitgliedern folgenden Antrag: „Die Verammlung erklärt sich mit dem früher gefassten Beschlusse einverstanden und verpflichtet, nach besten Kräften dafür zu sorgen, daß der festgesetzte Beitrag von allen Mitgliedern sobald wie möglich gezahlt wird.“ Der Antrag fand nach lebhafter Debatte einstimmige Annahme. Dieser Beschluß soll im „Grundstein“ veröffentlicht und den Mitgliedern durch Handzettel noch besonders bekannt gegeben werden. Die Auszahlung der Reiseunterstützung geschieht wie früher beim Kassierer, Kollegen Schlauch, Doppengasse 12.

Posen. Am 28. Oktober fand im Verkehrslokal „Schwefel“ die regelmäßige Mitgliederversammlung des Zweigvereins statt. Der erste Punkt der Tagesordnung, Vortrag über: „Gegnerische Gewerkschaften und kapitalistische Gesellschaftsordnung“, wurde auf Vorschlag des Vorsitzenden von der Tagesordnung abgesetzt. Der dann erstattete Reisebericht vom dritten Quartal bezeugte eine Einnahme für die Hauptkasse von A 442,96. Davon sind an die Hauptkasse gezahlt A 219,93, für Streits ausgegeben A 2400, für Rechtschutz und Unterstützung der Familie eines inhaftierten Kollegen A 218,05, für Kranenunterstützung an 31 Mitglieder A 589,25, Sterbeunterstützung an 8 Mitglieder A 307,50. Der Lokalfasse wurden A 1030,22 überwiesen. Die Lokalfasse hatte, einschließlich des Bestandes vom zweiten Quartal, eine Einnahme von A 4204,16, der eine Ausgabe von A 1431,34 gegenübersteht. Es verbleibt ein Kassenbestand von A 2772,82. Unter den Ausgaben befinden sich A 300 als Notfallunterstützung an 20 Mitglieder, die als Kinderherberunterstützung gezahlt wurden. Die Revisoren glänzten durch Abwesenheit und so mußte ihre Unterstufung als Bestätigung anerkannt werden; der Revisor Worowich hatte aber auch bei der Abrechnung unentschuldigst gefehlt. Den Bericht der Kommission zur Sanierung der Lokalfasse erstattete Kollege A. Walschke. Er führte aus: Die Kommission habe den Stand der Lokalfasse geprüft und sei zu dem Ergebnis gelangt, daß die in diesem Jahre eingeführte Kinderherberunterstützung nicht beibehalten werden könne. An den übrigen Ausgaben könne nicht gespart werden, wenn der Zweigverein seine ihm gestellten Aufgaben erfüllen solle. Die Kommission schlägt deshalb vor: „Vom 1. Dezember 1908 ab gewährt der Zweigverein Posen keine außerordentlichen Unterstufungen. Die verhältnismäßig eingeführte Kinderherberunterstützung wird mit dem 1. Dezember dieses Jahres wieder aufgehoben.“ Die Diskussion war lebhaft. Einige Diskussionsredner sahen ein und hoben es auch hervor, daß der Verband kein Versorgungsinstitut sein könne und daß die Lokalfasse für eventuelle Kriegszeiten gefüllt sein müsse, um die Kollegen bei Streits möglichst ausreichend unterstützen zu können. Andere Diskussionsredner dagegen waren über den zu zahlenden Lokalfallzuschlag von 5 A pro Woche nicht hinwegkommen. Demgegenüber betonte der Vorsitzende, die Kollegen müßten das Jahr 1907 einsehen, dort würden sie finden, daß im Jahre 1907 287 Zweigvereine mit 124 501 Mitgliedern ähnliche Zuschlagsbeiträge erhoben, davon 195 Zweigvereine wöchentlich 5 A und 72 Vereine über 5 bis 25 A. Die übermäßige Leistung des Zweigvereins Posen dürfe demnach nicht besonders betont werden. Der von der Kommission und oben bereits erwähnte Antrag wurde darauf gegen drei Stimmen angenommen. Hierauf wurde Kollege Leo Gschonoff an Stelle des Kollegen Wilsch, der zur Zeit die Kartellkassierschule besucht, als Delegierter zum Gewerkschaftskartell gewählt. Ferner wurde Kollege Gschonoff beauftragt, vom 1. November bis 14. Dezember die Zweigvereinsgeschäfte zu führen, da Kollege Schulz während dieser Zeit die Gewerkschaftsschule besucht. Ferner berichtete Kollege Schulz über einen eigenartigen Unglücksfall. Auf dem im Ausbause befindlichen polnischen Museum war Kollege Stanislaus Komorniczak, der erst eine Woche vom Militär entlassen war, mit Arbeiten im Raumhof der Dampfheizung beschäftigt; die Rüge waren abgeperrt, wurden aber, wie angegeben wird, geöffnet und die Kasse drangen in den

Raumhof. Komorniczak konnte sich nicht mehr in Sicherheit bringen und so wurde er als Leiche hervorgezogen. Wen die Schuld an diesem Unfall trifft, muß die eingeleitete Untersuchung ergeben. Dem inwärtigen Vater Komorniczaks wurden aus der Lokalfasse A 10 bewilligt. Nach einigen scharfen aber zutreffenden Schlussbemerkungen des Vorsitzenden, in denen er zur weiteren kollegialen Zusammenarbeit aufforderte, wurde die Verammlung geschlossen.

Nürnberg. Am 1. November hielt unser Zweigverein seine Mitgliederversammlung ab; trotz der reichhaltigen und belehrenden Tagesordnung waren nur 15 Kollegen erschienen. Es wäre wünschenswert, wenn die Kollegen, die nach einer Verammlung auf den Bauten nörgeln, in den Verammlungen erscheinen und sich da ausdrücken würden. Zunächst verlas Kollege Hirt die Abrechnung vom dritten Quartal. Auf Antrag der Revisoren wurde ihm Decharge erteilt. Im dritten Punkt, „Verschiedenes“, wurde über das Fortbestehen der Sperre Helms in Ahrenschoop debattiert und einstimmig beschlossen, die Sperre bestehen zu lassen. Auch der Unternehmer Herr. Deu in Damgarten bezog den neuen Hof auf nicht. Als Begründung führt dieser Herr an, wir hätten ihm den Vertrag nicht zugesandt. Von der Verammlung wurde dies als Ausrede angenommen, und der Vorsitzende beauftragt, die nötigen Schritte in dieser Sache zu tun. Weiter wurde noch gerügt, daß einige Kollegen nicht dafür streben, die jüngeren Kollegen, die jetzt ausgereist haben, unserer Organisation zuzuführen. Hierauf erstattete Kollege Kollenstorf Bericht von der Gaudanferenz. Der Bericht wurde mit großem Beifall entgegengenommen und dem Berichterstatter reiche Anerkennung gezollt. Auch in dieser Konferenz wurde über die Laune der Nibbinger Kollegen debattiert. Wir wollen unseren Kollegen hierdurch ans Herz legen, sich etwas mehr an dem Ausbau unserer Organisation zu beteiligen, damit wir zu jeder Stunde allen Nachprobieren der Unternehmer widerstehen können.

Schlesien. Unsere regelmäßige Mitgliederversammlung tagte am 25. Oktober. Der Schriftführer rügte den schlechten Verammlungsbesuch, von 300 der Zahlstelle angehörenden Kollegen seien durchschnittlich höchstens 30 anwesend. Reiner ist der Meinung, daß etwas getan werden muß, um den Verammlungsbesuch zu heben. Hierauf verlas der Kassierer die Abrechnung vom dritten Quartal. Sie ergab einen Lokalfallbestand von A 1403,14. An Kranenlohn wurden über A 200 ausgezahlt. Hierauf gab Kollege Wachs den Bericht vom Verbandstag. In den Bericht knüpfte sich eine lebhafte Diskussion. Verschiedene Kollegen waren der Meinung, der Hauptvorstand hätte erst den Verbandstag einberufen müssen, ehe er seine Zustimmung zu dem Tarif gab. Auch der Beschluß über die Wassererhöhung wurde anders sein, so führe er nur zur Verschleppung des Wasserpreises. Es könnte wohl eine kleine Unterstufung für gemäßigtere Kollegen gezahlt werden. Jedoch wurde von anderen Kollegen erklärt, daß wir bis jetzt ohne Unterstufung in der Wassererhöhung durch Arbeitsruhe hochgehalten hätten, und wenn die Kollegen den guten Willen hätten, würde auch ohne Unterstufung der 1. Mai gefeiert werden können. Am den Verammlungsbesuch zu heben, wurde beantragt, wissenschaftliche Vorträge halten zu lassen. Dieser Antrag wurde gutgeheißen. In der nächsten Verammlung spricht Genosse Böhm über Friedrich Engels. Nummer gab der Gewerkschafts-kartelldelegierte seinen Bericht. Er erwähnte der Rednerische, die bis jetzt einen guten Erfolg aufweist. Das Gewerkschaftslohn ergab einen Ueberfluß von A 72,39. Hierauf ergriff der Vorsitzende die Mitglieder, für die nächste Verammlung, die am 29. November stattfindet, zu agitieren.

Silberbrunn. Am 31. Oktober tagte unsere Zweigvereinsversammlung, die zunächst, nach einer Begründung des dahingehenden Antrages durch den Vorsitzenden, den Beschluß fasste, in den letzten vier Wochen des laufenden Jahres je eine Lokalfallsonnenspark zu steuern. Darauf hielt Kollege Kober einen Vortrag über die Ursachen und Wirkungen der Wirtschaftskrise. In „Verschiedenes“ kamen die Tarifüberprüfungen bei der Lohnzahlung und bei der Affordarbeit zur Sprache. Die Aussprache fand in der einmütigen Beurteilung der Affordarbeit ihren Abschluß. Sobann wurde vom Kollegen Bunten angeregt, mehr Gewicht darauf zu legen, daß der Lohn auch wirklich vor Feiertagen auf der Baustelle ausgezahlt würde, wie es vereinbart ist, und daß die Kollegen nicht zum Kontor laufen sollten, um sich den Lohn zu holen. Daran schloß sich eine Kritik der Zustände auf den Bauten. Mit einer anfeuernden Ansprache des Kollegen Kober fand die diesmal von 32 Kollegen (43 Mitglieder) besuchte Verammlung ihr Ende.

Isolierer und Steinholzleger.

Cöln. Die am 1. November im „Vollshaus“ abgehaltene Verammlung beschäftigte sich besonders mit dem Abwehrkampf bei den Korstellbüchsen. Es haben sich tatsächlich drei Kollegen gefunden, die der Firma auf Grund des bekanntgegebenen Musterlagers Bauarbeiterdienste leisten. Es sind folgende Personen: Wilhelm Fröhlich, Cöln, Friesenwall 12, 1. Etg., als Hilfsarbeiter; Fritz Joll, Cöln, Wollmarkt 19, 3. Etg., früher Verputzer und Hilfsarbeiter, jetzt als Legier; Conrad, ebenfalls ein Verputzer, fungiert jetzt als Legier. Die Dienste dieser „Netter“ wird die Firma bald genug an ihrem Geldbeutel spüren. Die Arbeiterchaft, speziell die Bauarbeiterchaft Cölns und Umgebung bitten wir, sich diese Gelben gut zu merken. Sonst blühte die Verammlung die Vorschläge des Vorstandes in Bezug auf die weitere Führung des Kampfes. Die Berichte der Geschäftsleitung über den Ausfall des Streiks in Cöln und über den Abwehrkampf nahmen die Verammlung ohne Einwendungen entgegen. Dem früheren Vorsitzenden Straßmann wurden nochmals acht Tage Zeit zur Erklärung und zur Mitföhrung gelassen, da er sich augenblicklich auswärts befinden soll. Einstimmig wurde beschlossen: Jeder auswärtig arbeitende Kollege ist verpflichtet, sofort seine genaue Adresse an den ersten Vorsitzenden respektive an das angegebene Verkehrslokal zu berichten. Außerdem hat er beim Festen zur Verammlung schriftliche Entschuldigungsgründe anzugeben. Von jetzt an sollen die unentschuldigsten Verammlungsabwäger ohne Rücksicht öffentlich bekanntgegeben werden. Das Restaurant

von Josef Müller, Bahnenstraße am Bahnhofs, wurde einstimmig als unser Verkehrslokal bestimmt, wo auch zu jeder Zeit Karten zu haben sind. Unsere Monatsverammlungen finden jetzt regelmäßig jeden letzten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, im „Vollshaus“, Gewerkschaftslokal, Besondere Einladungen werden dazu nicht mehr versandt.

Halle a. d. S. Die hiesigen Isolierer hielten am 25. Oktober ihre Generalversammlung ab. Nachdem der Massenbericht gegeben, der von den Revisoren für richtig befunden war, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Dann beschäftigte man sich mit der Umgehung des Arbeitsnachweises durch den Isolierer Brennecke aus Leipzig. Es wurde beschlossen, die Angelegenheit dem Vorstände unserer Bruderorganisation in Leipzig zur Untersuchung zu überweisen. Weiter gab der Vorsitzende bekannt, daß der Kollege Fritz Georgius bereits seit August wieder dem Verande angehört. Die nächste Verammlung findet am 22. November statt.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 1. bis 7. November sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Bevölkerung in Bremen A 400, Moorburg 200, Jüterbog 200, Wilmberg 150, Gohannisthal 100, Schicksheim 100, Götting 100, Jessen (bei Halle) 100, Genuis 100, Langenfelz 100, Hohenfelz 90. Summa A 1640.

Zuschüsse erhielten: Halle a. d. S. A 400, Münster i. B. 150, Vamprecht 100, Eiden 100, Wiesbaden 100, Schlagsberg i. Pr. 100, Quedlinburg 100, Straßburg i. Elz. 100, Jördenis 100, Gagen 70, Hagen i. B. 50. Summa A 1870.

Altona, den 7. November 1908.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterlohn, Subventionen etc.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Vauankstößen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen falschen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Cöln. Erst vor einigen Wochen hat sich am Neubau des Oberlandesgerichts ein schwerer Unglücksfall, der den Tod eines Kollegen herbeiführte, zugetragen. Damals wollten die hiesigen Unternehmer eine allgemeine Aussperrung vornehmen und zwar, weil mehrere Arbeiter, angeblich unentschuldigst, von der Arbeit fernblieben, um mit zur Veredigung des verunglückten Kollegen zu gehen. Deshalb wurden sie anderen Tages entlassen, worauf die Baustelle gesperrt wurde. Heute müssen wir wieder zwei Unglücksfälle melden, die sich an demselben Bau ereignet haben. Am 4. November verunglückte zunächst ein Hilfsarbeiter dadurch, daß er mit dem Gerüst aufeinandertrug und von der Höhe des ersten Stocks herunterfiel. Er erlitt einen Beinbruch und andere Verletzungen und mußte ins Hospital gebracht werden. Am selben Nachmittage erlitt noch ein Zimmerer eine schwere Handverletzung, wodurch er gleichfalls arbeitsunfähig wurde. Es sind dies nicht die einzigen Unfälle, sondern vorher sind schon mehr oder weniger schwere Verletzungen dort vorgekommen, so daß es wahrhaftig bald einmal an der Zeit wäre, daß dem Treiben auf der Baustelle von maßgebender Stelle ein Paroli geboten würde. Baubetrieb ist die Regierung. Da sollte man doch wohl annehmen können, daß hier mehr auf Leben und Gesundheit der Bauarbeiter geachtet würde, aber das Gegenteil trifft zu. Die Hauptschuld an den verhältnismäßig vielen Unglücksfällen trägt die auf diesem Bau in Blüte stehende Affordarbeit. Daß hierdurch eine überhäufte Arbeitsweise hervorgerufen wird, ist mehr als begreiflich. Und daß dadurch die Zahl der Unglücksfälle ganz gewaltig gesteigert wird, hat die Erfahrung gelehrt. Da muß es Pflicht unserer Kollegen sein, Einrichtungen, die einen geregelten Verhältnis widersprechen, zu befechten. Dies ist aber nur da möglich, wo alles organisiert ist und jeder weiß, was eine Arbeiterorganisation leisten kann. Ein weiterer schwerer Unglücksfall hat sich am 7. November, kurz vor Feierabend, abermals am Neubau des Oberlandesgerichts ereignet, indem unser Kollege Heinrich Schmalstieg in der Höhe der zweiten Etage abfiel und einen schweren Schädelbruch, mutmaßlich auch einen doppelten Beinbruch, und sonstige Verletzungen erlitt. Die Ursachen einer derartigen Wirtschaft haben wir bereits zum Teil in obiger Notiz gebracht. An der Bauarbeiterchaft wird es nun liegen, sich einmal eingehend mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen.

Raumburg a. d. S. Am 7. November ereignete sich auf dem von der Firma Bettelein & Co., Leipzig, ausgeführten Neubau der Zementfabrik Rüdnitz ein bedauerlicher Unglücksfall. Der Kollege Max Ranse stürzte beim Anbringen eines Auslegers zum Aufwinden von Material aus einer Höhe von 20 m so unglücklich in die Tiefe, daß er mit zermettertem Schädel liegen blieb und sofort tot war. Soweit die am Bau-beschäftigten Kollegen uns Mitteilung machten, trifft bei diesem Unglücksfall die Firma und ihre Angestellten keine Schuld. Es wird uns berichtet, daß die Gerüste und das dazu verwendete Material in bester Ordnung sind. Das Unglück dürfte lediglich durch einen Fehltritt des Kollegen herbeigeführt sein.

Salzwedel. Die Kollegen Hammer und Schiortorn waren damit beauftragt, in dem Schlagschwert von Bischof an den Maschinenfundamenten Veränderungen vorzunehmen. Anfanglich standen die Maschinen still. Am 3. November aber ließ man von 9 Uhr morgens an die Maschinen laufen. Dabei wurde Kollege Schiortorn von der Welle erfasst und mehreren herumgeschleudert. Auch Hammer wurde getroffen. Auf dessen Schreien stellte man das Werk ab, aber als man Schiortorn aus seiner fürchterlichen Lage befreite, war es schon zu spät. Nach

die Objektivität abgesprochen wird. Die M. 5000 für den verpackten Vertrauenssatz wurden dann genehmigt. Ferner genehmigte man für das Jahr 1909 M. 20.000 für das „Anstalt“, den „Hochbau“, dessen einschlägende Wirkung auf die vorgelegte Behörde von Vorstand Böigt so rühmend hervorgehoben worden war. Während sich nun die Baugewerkschaftsgenossenschaft einen Vertrauenssatz zulegte, ist es nicht uninteressant zu erfahren, was dieser „Hochbau“ zur Frage der Gewerkschaftsärzte sagt. Durch die Anstellung von Gewerkschaftsärzten, meint das Blatt, würden sich Rentenpflicht und Querschnittswesen, die unheimliche Begleitererscheinungen unserer sozialen Fürsorge, ins Ungemessene steigern. Die Anstellung von Gewerkschaftsärzten würde nicht nur der demoralisierenden Rentenpflicht noch weiteren Vorschub leisten, sondern zugleich unter dem Deckmantel sozialer Fürsorglichkeit die Machtphäre der sozialdemokratischen Gewerkschaften unermesslich steigern.

Schließlich nahm die Delegiertenversammlung zwei Protestresolutionen an: eine richtet sich dagegen, daß bei Abänderung der Arbeiterversicherungsgesetze den Berufsge nossenschaften das Recht der Revisionsprüfung und damit das Selbstverwaltungsrecht genommen werden soll. Die zweite Resolution protestiert gegen die angeblich ungerechte Behandlung der Genossenschaft im hiesigen Landtag und gegen den Vertreter des Landesversicherungsamtes, der den Ausführungen der Abgeordneten nicht entgegengetreten ist, sondern sich ihnen sogar zum Teil angeschlossen hat. Da aber die Herren, von dem, was im Landtage gerügt wurde, nichts als unrichtig erweisen konnten, ja es nicht einmal der Mühe wert fanden, mit einem Wort auf diese Mängel einzugehen, richteten sie sich in den Augen objektiver Denker von selber.

Aus anderen Berufen.

Schiedspruch für die Bauhilfsarbeiter in Stettin. Zwischen den Bauhilfsarbeitern und den Unternehmern ist ein Tarifvertrag abgeschlossen worden, wobei jedoch freilich, ob der für das Jahr 1908/09 von bisher 92 auf 37 1/2 erhöhter Mindestlohn für das Jahr 1909/10 auf dieser Höhe bleiben sollte, wie die Unternehmer verlangten, oder auf 40 1/2 erhöht werden sollte, wie die Arbeiter forderten. Da ein Vergleich nicht zu stande kam, die Parteien sich jedoch einem Schiedsgericht zu unterwerfen bereitigten, folgte das Schiedsgericht folgenden Schiedsspruch: „Das Schiedsgericht ist darüber einig geworden, daß den Arbeitnehmern eine gewisse Erhöhung des Lohnes für das Jahr 1909/10 zugestanden sei, daß aber mit Rücksicht auf die schlechte Lage des Baugewerbes und auf das von den Arbeitgebern durch Erhöhung des Lohnes von 92 auf 37 1/2 bereits bewiesene Entgegenkommen die volle Forderung der Arbeitnehmer nicht erfüllt werden könne. Die Mehrheit des Schiedsgerichts habe sich für 38 1/2 entschieden, weil es ungewiss sei, ob sich die Lage des Baugewerbes und des Baugewerbes nach dem 1. April 1909 gebessert haben würde. Bei günstigerer Gestaltung erwarte das Schiedsgericht von den Arbeitgebern und habe zu ihnen das Vertrauen, daß sie freiwillig diesem Umstand Rechnung tragen und eventuell eine weitere Erhöhung eintreten lassen würden.“

Polizei und Gerichte.

* Zur Rechtsprechung nach dem neuen Vereinsgesetz. In Reusdorf (Oberschl.) hatte eine öffentliche Versammlung der Maurer und Zimmerer stattgefunden, in der der Kollege Baude-Kattowich über den Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation geredet und die Anwesenden aufgefordert hatte, sich ihren Berufsverbänden anzuschließen. Diese Versammlung war nicht angemeldet worden. Aus diesem Grunde erhielt der Einrufer, Genosse Keder, einen Strafbefehl, gegen den er beim Schöffengericht Einspruch erhob. Das Schöffengericht aber bestätigte den Polizeibefehl. Nun wandte sich K. an die nächsthöhere Instanz, aber auch das Landgericht erkannte auf Verurteilung der Berufung. In dem Bericht über die Verhandlung heißt es, daß der Gausleiter Baude als Zeuge beauftragt, die Versammlung habe keinen politischen Charakter getragen. Er habe den Anwesenden nur empfohlen, sich dem Zentralverband der Maurer Deutschlands anzuschließen und habe dabei die Einrichtungen dieser Organisation erörtert. Der Staatsanwalt führte jedoch aus, daß die Zwecke der fraglichen Organisation politische seien; denn es wäre gerichtlich, daß diese im sozialdemokratischen Fahrwasser segeln. Wenn darüber irgendwelche Zweifel obwalteten, beantrage er Verurteilung der Sache und Einföhrung einer Auskunft von Berlin über die politische Zugehörigkeit der Organisation. Der Gerichtshof erkannte indessen auf Grund der Beweisaufnahme auf Verurteilung der Berufung.

Wenn dieser Bericht den Tatsachen entspricht — wir entnehmen ihn der „Schlesischen Zeitung“ —, dann haben Staatsanwalt und Gericht einen ganz unglaublichen Mangel an Kenntnis der einschlägigen Bestimmungen betundet. Nach dem Reichsvereinsgesetz, § 6 Abs. 3, bedarf es der Anmeldung nicht für Versammlungen Gewerbetreibender, gewerblicher Gehilfen, Gesellen, Fabrikarbeiter usw. zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter. Das ist so klar, wie nur etwas sein kann; denn die Maurer von Reusdorf sammelten sich ebenfalls „zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen“, und zwar mittels Benutzung des im § 152 der Gewerbeordnung gewährleisteten Koalitionsrechtes. Wenn das dem Staatsanwalt und dem Gericht als eine politische Versammlung erscheint, so haben sie zweifellos nicht beachtet, was der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg in der Kommission erklärte: „Die im § 152 der Gewerbeordnung bezeichneten Angelegenheiten sind bei richtiger Auslegung des Gesetzes überhaupt nicht politischer Natur.“ Es ist hoffentlich Revision angemeldet worden, so daß noch Gelegenheit ist, den gefährlichen Irrtum der ober-schlesischen Gerichte richtig zu stellen.

* Erfolgreiche Berufung hatte der Kollege Klein in Dortmund gegen ein Urteil des dortigen Schöffengerichts eingelegt, das ihn auf 14 Tage ins Gefängnis schickte, weil er, den arbeitswilligen Maurer Präbisch bedroht haben sollte. Der einzige Belastungszeuge

war eben dieser P. Von den anderen Zeugen, die das Schöffengericht wegen Verdachts der Mittäterschaft abgelehnt hatte, wurde der in Rede stehende Vorfalle als ganz harmlos erwiesen, worauf Kollege Klein freigesprochen wurde.

Eingegangene Schriften.

Volkswirtschaftliche Grundbegriffe mit besonderer Berücksichtigung der ökonomischen Grundbegriffe von Karl Marx. Als Leitfaden für Unterrichtsstunden von Dr. Hermann Dunder. Verlag von J. G. B. Dieckmann in Stuttgart. 60 Seiten. Preis gut gebunden 40 1/2.

Im Strom der Zeit, Geschichte von Ernst Preckang. Verlag von J. G. B. Dieckmann in Stuttgart. 168 Seiten. Preis gut gebunden M. 1.50, elegant gebunden M. 2.

Der in weiten Pariserischen besamte Genosse Preckang gibt unter obigem Titel zum ersten Male eine Sammlung Gedichte heraus. Wir möchten das Buch als eine genussreiche Lektüre allen empfehlen, die nach den harten Kämpfen des Tages noch eine Stunde finden, mit unserem Borten zu gehen. Sie werden erfrischt das Tageswerk wieder aufnehmen.

Schickings Verteidigung und die Anschuldigungschrift der preussischen Regierung. Buchverlag der „Hilfe“, Berlin-Schöneberg. 144 Seiten. Preis M. 1.80.

Der unterschöndene Bürgermeister von Hufum verteidigt sich nicht selbst gegen die in ihren unheilvollen Gefährten verlegte preussische Vorkaufskasse. Die Schrift ist ein neues Schlaglicht auf die Reaktion in der inneren Verwaltung Preußens.

Briefkasten.

* Die Nr. 47 des „Grundstein“ muß des Bistages wegen schon am Dienstag früh gedruckt werden. Die Verwaltungen der Zweigvereine bezw. Zahlstellen werden daher gebeten, notwendige Bekanntmachungen so früh abzugeben, daß sie spätestens am Montag mittag in unsere Hände gelangen.

* P. S. in S. Wir fühlen keinen Beruf, über Bräutereien zu berichten. Wenn der geschiederte Fall von Interesse ist, warten wir doch damit bis zur gerichtlichen Entscheidung.

* H. S. 81. Kassierer Heinrich Reimer, Altona, Gerichtsstrasse 4, 4. Et.

Briefchen. Wir haben das schon so oft an dieser Stelle gesagt, daß wir uns auf Versammlungsangelegenheiten für längere Zeit im voraus nicht einlassen können. Wenn jeder Zweigverein ein solches Verlangen stellte wie Briefchen, so hätten zwei Redakteure allein mit dem Versammlungskalender zu tun. Darum also lehnen wir jeden derartigen Auftrag ab und bleiben dabei, daß die Anzeigen für jede einzelne Versammlung eingeleitet werden müssen.

Dirichberg, W. M. Die Leistung eines Offenbarungseides hat nicht zur Folge, daß man dadurch von seinen Schulden befreit wird. Erwirbt jemand nach der Leistung des Offenbarungseides Vermögen, so kann er zu jeder Zeit von neuem zur Begleichung seiner Schulden von seinen Gläubigern gehalten werden.

Bäckeri. Das ist allerdings sehr viel Geld; aber wenn die Gemeinde keine Taxe für die Frau aufgestellt hat, so ist nichts dagegen zu tun.

* W. S. R. Sind Beitragsmarken in verschiedener Preislage gefordert, dann ist der wöchentliche Unterhaltungsbeitrag nach dem durchschnittlichen Wert der in den letzten drei Jahren gelieferten Beitragsmarken zu berechnen. Arbeitslofenmarken werden hierbei als voller Beitrag angerechnet.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bezw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Nordenham. Der Kassierer Franz Metzler wohnt Beckerstr. 23. [80 1/2]

Der Kollege E. Schulz, der in Wandshel am Bau Gorb gearbeitet hat, wird ersucht, seine Adresse dem Zweigverein Hamburg mitzuteilen, damit ihm sein rückständiger Lohn zugesandt werden kann. [M. 1.20]

Wilhelm Gartz, Verb.-Nr. 443 597, wird ersucht, seine Adresse an seine Eltern oder an den Zweigverein Leipzig gelangen zu lassen. [90 1/2]

Wilhelm Buschert aus Baden-Baden (Bismarckstr.), Verb.-Nr. 310 435, wird dringend um seine Adresse gebeten. Kollegen, die seinen Aufenthaltsort kennen, bitte ich um Nachricht. Philipp Beck, Maurer, Wittenbergr. [M. 1.50]

Johann Gerdtz, geboren zu Bremerbörbe, wird gebeten, seinen Eltern seine Adresse zukommen zu lassen. [60 1/2]

Heinrich Lütken, der im Jahre 1901 in Reutwig an der Ruhr arbeitete, wird in seinem eigenen Interesse um Angabe seiner Adresse gebeten. [M. 1.20]

Franz Noriska, Maurer, Reutwig a. d. R., Gustavstr. 7.

Hinrich Häger, gebürtig aus Bremen, wird von seinen Eltern gebeten, ihnen seinen Aufenthaltsort mitzuteilen: Alle, die diese Zeiten lesen und ihn kennen, mögen ihn darauf aufmerksam machen oder sonst seinen Eltern Nachricht senden. [M. 1.50] H. Häger, Bremen, Bohnenstr. 53.

Friedrich Koch, geb. 8. August 1881 zu Teichhütte b. Göttinge, wird ersucht, seine Adresse an Bv. Louise Koch in Berlin b. Göttinge gelangen zu lassen. Es handelt sich um Erblassungsangelegenheit. [M. 1.50] Zweigverein Göttingen.

Sterbetafel.

Dresden. Am 16. Oktober starb unser Verbandsmitglied, der Kollege **Louis Görner** aus Bismarckstr. 6. Pulsitz im Alter von 44 Jahren an Leberleiden. Am 23. Oktober starb der Kollege **Hermann Greisel** aus Gommern bei Mügeln im Alter von 41 Jahren an Lungen- und Schilddrüsenerkrankung. Am 29. Oktober starb der Kollege **August Lehnert** aus Oberneufisch im Alter von 40 Jahren, an Rippenfellentzündung und Lungenleiden. Am 31. Oktober starb der Kollege **Heinrich Zuschke** aus Steinbach bei Moritzburg im Alter von 53 Jahren an Grippe und Nierenleiden.

Dresden. Am 2. November starb nach längerer Krankheit unser Mitglied **Wilhelm Bensch** aus Brand im Alter von 39 Jahren an Lungenleiden.

Gera. Am 31. Oktober starb plötzlich unser langjähriges Mitglied, der Kollege **Josef Uitzka** an der Prostataerkrankung.

Saale a. d. S. Am 30. Oktober ist unser Verbandskollege **Paul Deetz** im Alter von 84 Jahren freiwillig aus dem Leben geschieden.

Karlruhe. Am 5. November starb unser treuer Verbandskollege **Bernhard Fittler** im Alter von 85 Jahren an Nierenleiden.

Siegen. Am 7. November starb unser langjähriges Mitglied **Georg Brehm** im Alter von 35 Jahren an der Prostataerkrankung.

Münsterland. Am 27. Oktober starb nach langer Krankheit unser Mitglied **Heinrich Arzig** aus Ehem im Alter von 55 Jahren.

Raumburg a. d. S. Am 7. November starb infolge eines Unfalles unser treuer Kollege **Max Panse** im Alter von 25 Jahren.

Rathenow. Am 29. Oktober starb unser Verbandskollege **Wih. Hagendorf** aus Rhenow im Alter von 60 Jahren an Leberleiden.

Saargau. Am 8. November fand unser Kollege **Gustav Schierkorn** im Alter von 27 Jahren durch einen Unfall bei der Arbeit seinen Tod.

Schweib. Am 4. November starb unser Mitglied **Gustav Ramm** im Alter von 29 Jahren an Lungenleiden.

Sennelager. Am 4. November starb unser Kollege **Aug. Schütt** infolge eines Unfalles im Alter von 64 Jahren.

Wilmshagen. Am 6. November starb plötzlich und unerwartet unser Kollege **Joh. Assing** im Alter von 42 Jahren. Der Verstorbenen war Mitglied seit Jahren des Zentralverbandes.

Wittstock. Am 2. November verstarb plötzlich unser Verbandskollege **August Meyer** im Alter von 37 Jahren an Herzschlag. In dem Verstorbenen beruht unser Zweigverein einen treuen Mitarbeiter und Berater als Vorstandsmitglied.

Würzburg. Am 1. November starb unser Kollege **Franz Benkert** im Alter von 56 Jahren an Hirnleiden.

Würzburg. Am 6. November starb unser Verbandskollege **Heinrich Kühne** im Alter von 64 Jahren an Lungenentzündung.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Anzeiger.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Samstag, den 15. November.

Belzig. Radm. 4 Uhr im Vereinslokal.
Berlin. Bezirk Moabit. Sonn. 10 Uhr bei Strichwisch, Weßstr. 9.
Driesen. Radm. 2 Uhr im Lokal des Herrn Paul Junge, Brückenpoststraße.
Delitzsch. Radm. 3 Uhr im „Lindenhof“.
Fürstenwalde. Sonn. 10 Uhr in der „Hilfsharmonie“. Wichtige Tagesordnung!
Oranienburg. Radm. 2 Uhr bei Schumann, Schützenstr. 34.
Schwedt. Abends 8 Uhr im Arbeiterklub.
Werder a. d. H. Radm. 3 Uhr bei Koch. Referent: Kollege G. Schütz.

Dienstag, den 17. November.

Altenburg. Radm. 6 1/2 Uhr im „Alten“. Bezirk Süd-Weßr. Abends 8 Uhr bei Wenz, Wegmannstr. 97.
Berlin. L.O.: Die Gewerkschaftsvereine.
Liegnitz. Abends 8 Uhr im Gewerkschaftslokal.

Mittwoch, den 18. November.

Hemmoor. Radm. 8 Uhr. Tagesordnung wichtig! Referent anwesend.

Donnerstag, den 19. November.

Stargard i. Pomm. Abends 8 Uhr im Lokal des Herrn Witz, Gänsestr. 2. Wichtige Tagesordnung!
Grünberg i. Schl. Radm. 5 Uhr in Wagens Lokal. L.O.: Vorstandswahl.

Freitag, den 20. November.

Berlin. (Waldenmauer). Abends 8 Uhr bei Becker, Weßstr. 17.

Sonnabend, den 21. November.

Aken. Abends 8 1/2 Uhr.

Sonntag, den 22. November.

Luckenwalde. Aufserordentliche Mitgliederversammlung bei Karl Götter, Weßstr. 84. L.O.: Wahl des gelehrten Vorstandes.
Wolgast. Radm. 3 Uhr. L.P.: Stellung zum neuen Tarif.
Würzburg. Radm. 3 Uhr im „Osten“.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kueh & Co. in Hamburg.